

mo #20



GAST-KOMMENTAR:

Michael Fleischhacker über die selbsternannte Zivilgesellschaft.

HUBERT FEICHTLBAUER IM GESPRÄCH:

Innenministerium umbauen

SOZIALE UNGLEICHHEIT:

Richard Wilkinson über die Ursache aller Probleme

KONDOME FÜR ALLE:

Äthiopiens neue Politik

WAS BRAUCHT ES FÜR EINE SOZIAL GERECHTE STADT?

GLÜCKLICH IN WIEN





**Ich
wähle,
denn
meine
Stimme
zählt.**



MEINE STIMME ZÄHLT

JA : Wien

⊗ WIENWAHL10.10.

Wiener Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen am 10. Oktober 2010

www.wahlen.wien.at

☎ 01-525 50

StadT  Wien



Baustelle vor dem Cafe Frauenhuber in Wien 1. Hubert Feichtlbauer meint im Gespräch, dass Österreichs Flüchtlingspolitik umgebaut werden muss.
Coverfoto: Karin Wasner

Liebe Leserin Lieber Leser

Ginge es nach dem gewandelten Postfaschisten Gianfranco Fini, hätten Zugewanderte, die zumindest sechs Jahre in Italien ihren Lebensmittelpunkt haben, ein aktives und passives Stimmrecht auf kommunaler Ebene; in Wien könnten nach Finis Staatsraison all diese MigrantInnen im Oktober also völlig gleichberechtigt an den Wahlen teilnehmen. Eigentlich war es vor acht Jahren ohnehin schon so weit gewesen. Doch FPÖ-VP brachte erfolgreich Beschwerde gegen die von einer SPÖ-Grünen Allianz beschlossene Novelle ein. 2004 kippte der Verfassungsgerichtshof den Demokratisierungsversuch des Wahlrechts mit der Begründung, hier würde gegen das Homogenitätsprinzip verstoßen. Im Oktober wird man also wieder homogen wählen und „unter sich“ bleiben. Was dadurch bewahrt oder verhindert wurde? Um das zu verstehen, müsste man in die Köpfe jener schauen, die hier einen Sieg der Demokratie feiern. Wer ein Zeichen setzen will, kann sich aber in einer ganz simplen Aktion mit einem Stimmlosen zusammentun und einen „Wahlwechsel“ vornehmen. Mehr dazu in dieser Ausgabe. Der Titel dieses Heftes ist übrigens weder ironisch noch als status quo zu verstehen. Wir haben vielmehr einige BewohnerInnen dieser Stadt eingeladen, ein paar fordernde Gedanken darzulegen, um während des Populismusjubels auch ein paar echte Stimmen zu hören. Zu diesen Stimmen gehört sicherlich auch die von Hubert Feichtlbauer, einem – wie man gerne sagt – über viele Jahrzehnte unbestechlichen Zeugen des Zeitgeschehens, egal ob als Kirchenreformer oder Chefredakteur. Er ist auch einer der ProponentInnen der Initiative „machen wir uns stark“, die am 18. September zu einer Demokratisierung der Politik auf den Heldenplatz lädt. Was die Zivilgesellschaft alles darf, gibt Feichtlbauer auf den nächsten Seiten preis.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgeßell

IMPRESSUM

MO REDAKTION: c/o SOS
Mitmensch, Zollergasse 15, 1070
Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00 - 9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Illustrationen), Philipp Son-
deregger (phs), Karin Wasner (Bilder), Kathrin
Niedermoser, Andreas Görg.

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Andreas Bachmann, Angelina
Banke, Michael Fleischhacker, Andreas Görg,
Jana Herwig, Niko Katsivellaris, Christiane Krejs,
Mary Kreutzer, Nina Kusturica, Corinna Milborn,
Sinan Mollahasanov (Illustration), Michaela
Moser, Cathren Müller, Kathrin Niedermoser,
Sedat Pero, Peter Pils, Ursula Maria Probst,
Martin Schenk, Walter Seidl, Maria Sterkl,
Eva Vasari (Collage).

PROJEKTLEITUNG: Andreas Görg

COVERBILD: Karin Wasner

LEKTORAT: Thomas Just, Ewald Schreiber

PRODUKTION:

Mitko Javritchev, Andreas Ungerböck,
factory 29 ltd., Mariahilfer Str. 76/3/31, 1070 Wien,
T +43 1 920 20 08-0, mail@faq-magazine.com

GRAFIK: Mitko Javritchev, Monika Nutz

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Irene Holloway, Sebastian Seidl,
office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00 - 17

ABOS: Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00 - 66

VERTRIEB:

Der Standard,
Straßenkolportage

AUFLAGE: 30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Postfach 220, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00 - 9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeber: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Philipp Sonderegger,

Sabine Zhang; Obfrau: Nadja Lorenz

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminie-
rung, für Menschenrechte, Demokratie
und Migration.

ZVR: 22747570

SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000.590

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der
Quelle und Übersendung von Beleg-
exemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das
Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den UrheberInnen. Falls
kein/e UrheberIn ausgewiesen ist: SOS Mit-
mensch.



Bild: Karin Wasner

10 SO WHAT?

Hubert Feichtlbauer hätte den Zogajs humanitäres
Bleiberecht zugesprochen. Und wenn fünftausend
andere gekommen wären?

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

6 REAKTIONEN

8 HANDLUNGSBEDARF

Ex-Innenminister Strasser lud Flüchtlinge zur
Rückkehr ein. Eine politische Maxime bis heute?

9 HANDLUNGSBEDARF

Der FPÖ-Bürgermeister von Nenzing fördert
nicht nur MigrantInnen.



Bild: Eva Engelbert

31 MIGRATION/INTERVENTION/KUNST

Die Ausstellung „Mit uns ist kein (National)Staat
zu machen“ im Kunstraum Niederösterreich zeigt
künstlerische Positionen zum Thema Migration.

Dossier

10 SYMBOL EINER GRUNDHALTUNG

Der frühere *KURIER*-Chefredakteur Hubert
Feichtlbauer erklärt, warum sich Maria Fekter
als Innenministerin „überproportional“ eignet.
Interview: Gunnar Landsgesell, Maria Sterkl

16 GLÜCKLICH IN WIEN

Was braucht es, um in Wien glücklich zu
leben? BewohnerInnen der Stadt über ihre
Forderungen und Wünsche.

21 WAHLWECHSEL

In Wien haben viele Menschen ihren Lebens-
mittelpunkt, aber kein Stimmrecht. Eine
Aktion gibt es ihnen dennoch.
Interview: Andreas Görg

24 POSTER

Initiative: Machen wir uns stark!

26 UNGLEICHE GESELLSCHAFTEN

Wieso gibt es trotz des enormen Wohlstands in
reichen Ländern so viele soziale Probleme?
Der Soziologe Richard Wilkinson weiß es.
Interview: Cathren Müller



Collage: Eva Vasari

16 WAHRE STADTBILDER

Wien hat hohe Lebensqualität und den Ruf einer Weltstadt. Wem aber gehört die Stadt? Und wie verträgt sich dieser Ruf mit Discoapartheid?



Bild: Andrea Künzig/DSW

48 EINE STILLE REVOLUTION

Das erzkonservative Äthiopien verfolgt seit kurzem eine der progressivsten Familienpolitiken Afrikas.

Welt

31 KÜNSTLERISCHE INTERVENTIONEN

Der Katalog der Ausstellung „Mit uns ist kein (National)Staat zu machen“ ist Teil dieser Ausgabe von MO.

47 WELT-NEWS

Hunderte Roma-Familien in Rom, Paris und Belgrad sollen vertrieben werden.
Griechenland: Das Chaos-Asylland.

48 DIE NEUE FREIZÜGIGKEIT

Die Politik billigt Abtreibungen, Jugendvereine verteilen Kondome. Äthiopien revolutioniert seine eigenen Gesellschaftswerte.
Reportage: Corinna Milborn, Mary Kreuzer

Rubriken

53 NGO-NEWS

Moschee ade: Wie blau sind die „parteiunabhängigen“ Bürgerinitiativen?

54 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock über Familien in der Grundversorgung: Fernsehen verboten.
Korrespondenz: Andreas Bachmann

55 POPULÄRKULTUR

Buch, Film, Internet.
2 x 5 Dinge von Michaela Moser

56 POPULÄR GESEHEN

Wie geht's? Es geht.
Kolumne von Martin Schenk

59 SPOTLIGHT

Bernhard Jenny, Werbefachmann und politischer Aktivist, hat die Plattform „Widerstand in Fekterland“ gegründet.
Text: Niko Katsivelaris

61 SOS MITMENSCH

Was wurde aus der Bleiberechtsbewegung?

62 ANDERE ÜBER ...

Michael Fleischhacker über die Initiative „machen wir uns stark“.



Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@momagazin.at. Zu gewinnen gibt's ein Gratisabo vom mo, Magazin für Menschenrechte.

Bild: gun

Social Entrepreneur
Glückliche Hühner

Liebe MO-Redaktion, es ist schon interessant, wofür es heutzutage alles einen Namen gibt. Soziales Unternehmertum? Das klingt für mich wie die Ökosoziale Marktwirtschaft, die einst ÖVP-Chef Riegler präsentiert hat, die Synthese aus Profit und Ruhigstellung im Einklang mit der Natur noch dazu. Könnte es nicht sein, dass der Freilandeier-Toni, der in allen Billa-Filialen vertreten ist und damit ein gewaltiges Unternehmen vermuten lässt, ein netter Chef ist, aber einem gewinnorientierten Unternehmen vorsteht wie alle anderen auch? Jedenfalls gutes Marketing!
Karl-Markus Ruf, Wien

Ende der Märchenstunde
CSR

Liebe Redaktion! Hartmanns Ansatz, CSR zu hinterfragen, ist sicherlich richtig. Nur glaube ich erstens, sie schießt übers Ziel hinaus. Wer glaubt ernsthaft, dass er/sie einen ökologisch einwandfreien Fußtritt hinterlässt, wenn das Ökoresort für den Urlaub mit einem Langstreckenflug erreicht wurde? Das passiert nicht, sondern hier fühlt sich offenbar jemand wohler, in einer ökologisch bewussten Umwelt Urlaub zu machen. Den Glauben an einen gezielten Beitrag für Klimaschutz würde ich diesen Urlauber/innen jedenfalls nicht unterstellen. Auch die Aussage, dass bewusst einkaufen nichts bringt, würde ich relativieren. Sie bringt etwas, das zeigen

viele kritische öffentliche Reaktionen über Produktionsverhältnisse von Modekonzernen zum Beispiel, die im Zuge einer bewusst kritischen Konsumentenschicht entstanden sind. Aber sie werden die Probleme nicht allein lösen. Deshalb müsste man dazusagen, dass die Politik nicht die Problemlösung auf die Konsument/innen abschieben kann, sondern die Industrie verpflichten muss. Bei Sub- und Subsubunternehmern sicherlich eine schwierige Aufgabe. Zum zweiten: CSR sollte nicht mit bewussten Käufer/innen vermischt werden. Firmen, die sich eine positive PR billig erkaufen wollen, gibt es zweifellos. Das hat aber nichts mit sozialem Bewusstsein bei Endkunden zu tun. Und auch Betriebe, denen es ein echtes An-

liegen ist, nachhaltiger und sozial verträglicher zu produzieren, sollte man nicht unter Pauschalverdacht stellen. Mit besten Grüßen,
Gernot Frischmuth, Wien

Social Entrepreneur
Vinziprojekt

Sehr geehrte Redaktion! Ich habe mit Freude und eher durch Zufall in Ihrer Zeitung gelesen, dass Sie über das Projekt von Pfarrer Pucher berichtet haben. Ich selbst kaufe immer wieder Produkte, die in solchen sinnvollen Zusammenhängen produziert werden. Hier geht es nicht um Almosen; die lehne ich nicht ab, halte sie aber für problematisch, sondern für den Ausdruck solidarischer Produktionsverhältnisse. Das ist gut so und sollte von möglichst vielen Menschen unterstützt werden. Ähnlich motivierte Projekte gibt es ja z. B. auch mit Menschen, die schon längere Zeit ohne Arbeit waren. Ich finde es gut, das medial zu unterstützen, das hätte sich aber auch einen eigenen Artikel verdient. Mit freundlichen Grüßen,
Hannelore Fischer



JETZT GEHT'S UM WIEN.

Mir geht's um klare Regeln fürs Zusammen- leben.

- Wiener Hausordnung für Respekt und Rücksichtnahme.
- Deutschkurse für alle neuen Wienerinnen und Wiener.
- Zuwanderungskonzept mit klaren Kriterien.

☎ 535 35 35 wien.spoee.at



**Alle Menschen sind frei und gleich
an Würde und Rechten geboren**

TAXI 40100

ASYLPOLITIK

Das System Strasser

Ernst Strasser „lud“ als Innenminister vor Jahren Flüchtlinge „ein“, zurückzugehen. Im niederösterreichischen Gmünd setzten Beamte diese Einladung eifrig um. Strassers verfehlte Asylopolitik wird noch heute verfolgt.

Ernst Strasser muss das nicht mehr erklären. Im November 2003 hatte der ehemalige Innenminister AsylwerberInnen „eingeladen“, zurückzugehen. Einen Tag nach dieser Ansage wurden 74 Flüchtlinge, die durchnässt am Grenzübergang Gmünd (NÖ) standen, von den Behörden zurückgewiesen. Nun hat der Unabhängige Verwaltungssenat im Land Niederösterreich (UVS) diese Abweisung als rechtswidrig erkannt. Beamte, so heißt es, hatten die Asylanträge der schutzsuchenden Tschetschenen einfach „überhört“. Eine Unterlassung, offenbar im Sinn des Ministers, der zu dieser Zeit wegen tausender obdachloser Asylsuchender unter starkem politischen Druck stand. Kurz nach dem Vorfall in Gmünd hatte Strasser gegenüber dem ORF noch erklärt: „Wenn wir keine Quartiere haben, werden wir die Asylwerber so wie in Gmünd einladen, zurückzugehen.“ Als Strasser später beim UVS als Zeuge geladen war, bestritt er, von der rechtswidrigen Abschiebung gewusst zu haben. Der UVS kam nun zum Urteil, Strasser habe nicht die Wahrheit gesagt. Strafverfolgung muss er nicht befürchten, die Delikte Amtsmissbrauch und Falschaussage sind inzwischen verjährt.

Was bleibt, ist der Eindruck einer Asylopolitik, die ihren Namen nicht verdient. Es wirkt ganz so, als würden Betreuungseinrichtungen nicht der Anzahl der Flüchtlinge angepasst, sondern als gelte umgekehrt das Motto: Haben wir zu wenig Personal, dann kommen eben zu viele. Eigentlich ginge



Ex-Innenminister Strasser: Heute ist alles verjährt und vergessen.

es jetzt darum, die unterlassene Hilfsleistung rigoros aufzuklären. Ministerin Maria Fekter ist in diesem Fall aber gar nicht rigoros. Das Disziplinarverfahren gegen die Beamten wurde eingestellt, von Wiedergutmachung ist keine Rede. Zwei der Flüchtlinge gelang zwischenzeitlich eine Wiedereinreise nach Österreich. Sie sind mittlerweile anerkannte Flüchtlinge. Der Aufenthaltsort der restlichen Personen ist unbekannt. Auch für die Vorsitzende von SOS Mitmensch, Nadja Lorenz, und den Rechtsanwalt Georg Bürstmayr war der Fall noch nicht abgeschlossen. Sie hatten einige Tage nach dem Vorfall die Flüchtlinge in einem Lager in Tschechien aufgesucht, um die Angelegenheit vor den UVS zu bringen. Das brachte ihnen prompt eine Anzeige wegen

Schlepperei bei der Staatsanwaltschaft ein. Strasser nutzte diesen Umstand elegant, um die Wiederbestellung Bürstmayrs als Leiter einer Kommission des Menschenrechtsbeirats auszusetzen. Später wurde offenbar, dass Strasser selbst die Strafverfolgung in Auftrag gegeben hatte. Im Strafakt, der den Beschuldigten zugänglich ist, fand sich ein „belastendes“ Dokument, das mit dem Vermerk „Danke Webinger“ versehen war. Peter Webinger war als Kabinettsmitarbeiter des Innenministers für das Fremdenrecht zuständig (und ist mittlerweile zum Bereichstellvertreter für Asyl und Staatsbürgerschaftswesen aufgestiegen). Die „Loyalität“ Webingers war auch Thema in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Dort wurde eine Aussage von Gerald Tatzgern, Leiter der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schlepperkriminalität im Bundeskriminalamt, vorgelegt, der ein Telefonat mit Webinger schildert. Webinger habe angerufen und „eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft“ urgirt. Tatzgern sah hingegen keine strafrechtliche Relevanz „und machte einen Vergleich: Wenn jemand bei Grün über die Kreuzung geht, kann ich nichts Strafbares erkennen.“ Doch Webinger habe mit dem Hinweis „dass es der HBM (Herr Bundesminister, Anm.) so will“, darauf bestanden, so Tatzgern. Amnesty International spricht in der Causa von politischer Verfolgung. Die Vorerhebungen der Staatsanwaltschaft gegen Lorenz und Bürstmayr wurden einige Zeit später eingestellt. phs

INTEGRATION

FPÖ fördert nicht nur MigrantInnen

Ein Vorarlberger FPÖ-Bürgermeister fällt mit einer fortschrittlichen Integrationspolitik auf, die sich nicht auf ZuwandererInnen beschränkt. Das gefällt der Wirtschaft.

Das islamische Gebetshaus in der Vorarlberger Marktgemeinde Nenzing musste nach 25 Jahren einem Straßenneubau weichen. Den Muslimen im Ort wurde ein anderer Standort zugesichert. Trotz Widerstandes setzte sich Florian Kasseroler, Bürgermeister von Nenzing und FPÖ-Mann, schließlich durch. Der Gemeinderat der 6.000-EinwohnerInnen-Gemeinde beschloss das Projekt mehrheitlich.

Damit nicht genug: Vergangenes Jahr lancierte Kasseroler in den Kindergärten der Gemeinde das Projekt „Sprachfreude – Nenzing spricht mehr“. Die vorschulische Frühförderung zielt nicht nur auf MigrantInnen ab. Gefördert werden Deutsch als Muttersprache, Deutsch als Fremdsprache und Englisch als Projektsprache. Kasseroler ge-

genüber den *Vorarlberger Nachrichten*: „Das Thema Sprachentwicklung wird oft nur aus dem Blickwinkel der Integration gesehen. Wir wollen hier weiter gehen und einen Beitrag zur Chancengleichheit und zu einem fairen Bildungsweg für alle Kinder in Nenzing leisten.“

Sprachkenntnisse helfen am Arbeitsmarkt. Der Kranhersteller Liebherr bietet am Standort Nenzing rund 1.700 MitarbeiterInnen aus der Region einen Arbeitsplatz. Thomas Bachmann, Marketing-Chef der Firmengruppe Liebherr, gegenüber MO: „Im Krangeschäft haben wir einen Exportanteil zwischen 99 und 100 Prozent. Meist Asien und Afrika. Deshalb begrüßen wir die sprachliche Frühförderung in den Nenzinger Kindergärten.“ *phs*



Kranexporteur Liebherr begrüßt sprachliche Frühförderung aller Kinder am Standort Nenzing/Vlbg.

EU-FLÜCHTLINGSPOLITIK

Dublin II: Von Griechenland nicht mehr auf der Nase rumtanzen lassen

Österreich sollte die EU-Verordnung über die nationale Aufteilung von Flüchtlingen kündigen, weil Griechenland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

In der sogenannten Dublin-II-Verordnung ist geregelt, wie die Betreuungspflichten für Asylsuchende auf die EU-Länder aufgeteilt werden. Österreich sollte diese Vereinbarung „kündigen“, da Länder wie Griechenland ihren Verpflichtungen nach einhelliger Meinung nicht nachkommen.

Das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR, MenschenrechtsbeobachterInnen

und viele europäische Verwaltungsgerichte sind sich einig: Griechenland bietet Asylsuchenden kein faires Verfahren und keine menschenwürdige Betreuung (siehe auch Bericht S. 47).

In der Privatwirtschaft wäre ein solcher Vertrag längst gekündigt worden, wenn ein/e PartnerIn die vereinbarten Leistungen nicht erbringt. Innenministerin Maria Fekter hin-

gegen lässt sich seit Jahren von den Griechen auf der Nase herumtanzen und verteidigt die Verordnung. Gemeinsam mit Deutschland blockiert sie eine Neuregelung. Grund: Österreich profitiert von der Verordnung finanziell, da EU-Grenzländer einen Großteil der Aufgaben und Kosten tragen. Die Flüchtlinge, die letztlich für das System bezahlen, sind ihr offensichtlich egal. *phs*

ASYLPOLITIK AUS INNENMINISTERIUM AUSGLIEDERN

Hubert Feichtlbauer, langjähriger Vorsitzender von „Wir sind Kirche“, über die Symbolfigur Maria Fekter, verschobene Werte in der ÖVP, vergebene Chancen rund um die Zogajs und warum Zuwanderung und Asyl im Innenministerium nichts verloren haben.

*Interview: Gunnar Landsgesell, Maria Sterkl
Fotos: Karin Wasner*

Herr Feichtlbauer, Sie sind, wie Roland Düringer oder Willi Resetarits, Proponent der Willenskundgebung „Machen wir uns stark“ am 18. September am Heldenplatz. Haben Sie lange überlegt, zuzusagen?

Nein, aber ich habe nicht hundert objektive Grundlagen geprüft, um eine Entscheidung zu treffen, sondern bin der Einladung von Simon Inou, den ich schon lange kenne, gefolgt. Er konnte während einer Veranstaltung, die der Katholische Publizistenverband in den 1990er Jahren organisiert hatte, aus politischen Gründen nicht mehr nach Kamerun zurück. Obwohl, Bedenken zum Mitmachen hatte ich schon, weil ich acht Tage später in die Klasnic-Kommission (zur Aufklärung der Vorwürfe des sexuellen Missbrauchs in der Kirche, Anm.) berufen wurde. Da kann leicht der Eindruck entstehen, da will sich einer noch mit aller Kraft wichtig machen.

Welche Inhalte sind Ihnen wichtig?

Ich bin mit der generellen politischen Linie gegenüber Zuwanderern, Asylsuchenden oder auch sogenannten Wirtschaftsflüchtlings nicht einverstanden. Ich vermisse hier, kurz gesagt, eine menschenwürdige Politik.



„Was alle angeht, soll von allen abgehandelt werden.“



ZUR PERSON

Hubert Feichtlbauer

Hubert Feichtlbauer, geboren 1932 in Oberösterreich, Studium der Staatswissenschaften an der Uni Wien und der St. Louis University (USA). Prägte u.a. als Journalist, Buchautor und Vorsitzender der Plattform „Wir sind Kirche“ die öffentliche Meinung. Feichtlbauer leitete als Chefredakteur Kurier, Wochenpresse und Die Furche. Er war Pressechef der Bundeswirtschaftskammer und Vorsitzender des Verbands der katholischen Publizisten Österreichs. 1998 wurde er zum Vorsitzenden der Plattform „Wir sind Kirche“ gewählt. Feichtlbauer ist Mitglied der katholischen Studentenverbindung K.Ö.St.V. Kürnberg im Österreichischen Cartellverband.



Feichtlbauer: Österreich wäre aus dem humanitären Bleiberecht für die Zogajs und andere Härtefälle kein Unglück erwachsen.

Auf der Pressekonferenz zur Kampagne haben Sie einen Papst, der vor 1.500 Jahren gelebt hat, mit den Worten zitiert: Was alle angeht, soll von allen abgehandelt werden. Worauf spielen Sie an?

Das war ein urchristlicher Grundsatz von Papst Leo I. Er machte sich für eine möglichst breite Kirchen-Bürgerbeteiligung stark, aber ich denke, so ein Ansatz wäre auch in der heutigen Gesellschaft eine sehr große Hilfe für die Erarbeitung guter Gesetze. Wenn es durch diese Initiative gelänge, alle, oder zumindest viele Gruppen der Gesellschaft, von Parteien über NGOs bis zu Betroffenen oder deren Anwälten, an einen Tisch zu bringen und eine sinnvolle Strategie zu Fragen wie Asyl und Zuwanderung zu erarbeiten, dann wäre das ein großer Erfolg. Es würde auch die Öffentlichkeit rasch überzeugen, dass man die Gesamthematik nicht dem Innenministerium als dem Sicherheitsministerium zuordnen kann, sondern ein eigenes Ressort, ein Ministerium oder ein Staatssekretariat für alle diese Fragen geschaffen werden muss.

Was erwarten Sie sich davon?

Die notwendige Trennung von Sicherheitsfragen von jenen der Integration. Der Innenminister muss diese Fragen ja aus ganz anderen Gesichtspunkten sehen. Denken Sie an Innenminister Strasser: Der hat in seiner Anfangszeit mehrmals öffentlich die Position vertre-

ten, jeder Asylwerber sollte in Österreich auch arbeitsberechtigt sein, dann könne man ihm nicht Schmarotzertum vorwerfen. Man könne die Leute ja nicht in lange Verfahren verwickeln und sie jahrelang daran hindern, sinnvolle Arbeit zu verrichten. Diese Position hat Strasser dann nach ungefähr einem Jahr aufgegeben, mit einer eher diffusen Begründung, dass das nicht geht, und ist dann ohne Zögern eine andere Linie gefahren. Also, im Innenministerium sollen diese Agenden wirklich nicht bleiben, egal, welche Partei es gerade besetzt.

Das Thema Zuwanderung erregt die Gemüter erstaunlicherweise mehr als soziale Themen oder Arbeitsmarktpolitik. Während die einen neue Verschärfungen verurteilen, klatschen die anderen Beifall. Wie hat sich Ihrer Beobachtung nach in den vergangenen zehn Jahren das öffentliche Bewusstsein diesbezüglich verändert?

Denken Sie an das Lichtermeer von 1993. Das war der Moment, als vielen Bürgerinnen und Bürgern erstmals bewusst geworden ist, dass man sich entscheiden muss: Will man Vorbehalte pauschal allen Ausländern gegenüber aufrechterhalten oder sich ein differenziertes Bild machen? Heute scheint man wieder an so einem Punkt angekommen. Es wird nur noch von Missbräuchen des Asylrechts gesprochen, man glaubt, sich gegen alle Asylwerber abschirmen zu müssen. Es ist Zeit, dass sich die

Zivilgesellschaft wieder rührt.

Die Politik der Innenministerin scheint auf Polarisierung angelegt. Ist diese Politik für Sie nachvollziehbar?

Parteilosophisch schon. Die ÖVP will offenbar das Feld nicht den Freiheitlichen überlassen. Mit Maria Fekter hat die ÖVP eine Frau gefunden, die sich dafür überproportioniert zu eigenen scheint. Fekter erhält in der Bevölkerung aber auch Zustimmung, ich glaube, weil viele der sogenannten Gutmenschen – ein schreckliches Wort, wenn man es negativ gebraucht, denn jeder sollte doch danach streben, Gutes zu tun – Asylwerbern nur Gutes zuschreiben und Missbrauch nicht sehen wollen. Ein solches Schwarz-Weiß-Denken ist ein Fundamentalismus, den es in allen weltanschaulichen, religiösen und politischen Strömungen gibt. Unabhängig davon müsste man Fekter aber daran erinnern, dass alle Menschen – also auch Asylwerber – Menschenrechte haben. Niemand läuft ohne gute Gründe von zu Hause weg. Die Bilder, die mittlerweile propagiert werden, dass Asylwerber noch einen Urlaub auf den Kanaren einschieben, bevor sie wieder Österreich verlassen müssen, sind ja abenteuerlich.

Auf der Plattform sind doch auch die Gutmenschen, die Sie ansprechen, vertreten. Ist es Ihnen ein Anliegen, mit ihnen in Diskus-

sion zu treten, auch bestimmte Einstellungen zu relativieren?

Nein, ich verstehe diese Anliegen und trage sie mit. Darüber brauche ich keine Diskussion. Mir ist es nur wichtig, beide Seiten zu sehen und differenzierter zu argumentieren. Beide Seiten sollten das tun.

Sie meinen also nicht, dass Fekter dieser politischen Linie entspricht, weil sie Mehrheiten in der Bevölkerung ortet?

Doch. Fekter erhofft sich sicherlich einen starken Zulauf mit ihrer Politik. Es ist ja auch nicht grundsätzlich schlecht, der FPÖ möglichst viele Wähler abspenstig zu machen. Ich denke aber, man könnte das auch durch eine klare Politik auf Basis der Menschenrechte tun. Zusätzlich ließen sich Missbräuche in einzelnen Fällen bekämpfen, Verfahren auf maximal zwei Jahre beschleunigen, und so weiter. Warum man nicht für jene, die schon fünf, sechs, sieben Jahre hier sind, eine großzügige humanitäre Bleiberechtsregelung geschaffen hat, ist mir aber unbegreiflich.

Vielleicht muss man dazusagen, die Verfahrensdauer wurde ja schon reduziert, durch Personalaufstockungen. Nur ist nicht Fekter dafür verantwortlich, sondern Regierungen davor.

Ich bin ohnehin dagegen, dass man die Debatte auf eine Fekter-Debatte reduziert. So wichtig ist sie allein nicht, aber sie symbolisiert eine Grundhaltung.

Eine Grundhaltung, die sich bei der Familie Zogaj auf voller Linie durchgesetzt hat. Hier musste die redundante Forderung nach Integration erst durch eine Medienkampagne von Rechts ausgehebelt werden.

Im Fall Zogaj bin ich der Meinung, dass das eine unglaublich unentschuld bare Gelegenheit war, die hier verpasst wurde, um humanitäres Bleiberecht zu praktizieren. Da hat die Regierung mit ihrem Streben, der FPÖ ein paar Stimmen wegzunehmen, selbst ein außerordentliches Symbol für inhumane Politik gesetzt, sicherlich auch getrieben von Stimmen, die da meinten: Na, dann kommen fünftausend andere, die gleich gut integriert sind wie die Zogajs ... Ich glaube das nicht, aber selbst wenn! Dann sage ich: So what? Dann hätten auch diese fünftausend ein humanitäres Bleiberecht erhalten müssen, ohne dass Österreich daraus ein Unglück erwachsen wäre.

Kann die Strategie, verstärkt Demagogie in die ÖVP zu tragen, überhaupt erfolgreich sein?

Nein. Man denkt da wohl an die CSU in Bayern, die rechts von sich keinen Platz lassen wollte. Nur wird vergessen, dass damals rechts von ihr politisch nichts los war. Als Partei mit absoluten Mehrheiten kann man sich so einen Flügel ja leisten und im Mainstream dennoch eine andere Politik vertreten. Anders die ÖVP, die, als die FPÖ schon 27 Prozent hatte, meinte: Jetzt reißen wir denen wieder einen Brocken heraus, indem wir halb und dreiviertel so

radikal wie die formulieren! So etwas ist keine politische Großtat.

Was wäre eine politische Großtat? Das Bekenntnis, dass Österreich ein Einwanderungsland ist?

Im Grund sind alle Parteien dafür, bestimmte Leute einwandern zu lassen. Den einen geht es um den wirtschaftlichen Nutzen, den anderen um bestimmte Menschengruppen – Strache würde ja auch Serben einwandern lassen, von denen er Wählerstimmen erwartet. Aber welche Regierung würde schon ohne Wenn und Aber verkünden: Wir sind ein Einwanderungsland?

KAMPAGNE

Machen wir uns stark

Am 18. September ist eine Willenskundgebung am Heldenplatz geplant. Was will die Kampagne? Zentrale Anliegen sind die Forderung nach einem demokratischen Österreich ohne Politik der Sündenböcke, ein radikaler Kurswechsel in der Asyl- und Fremdenpolitik, eine mutige Bildungspolitik und eine gerechtere Verteilung des Wohlstands. Als erste Schritte werden gefordert:

* Flüchtlingspolitik: ein Ressort für Diversität und Integration. Damit das Zusammenleben keine Polizeisache mehr ist.

* Bildungspolitik: eine kräftige Erhöhung des Bildungsbudgets und eine Schule, die nicht ausgrenzt. Zur Entfaltung der Potenziale aller Kinder.

* Gerechtere Wohlstandsverteilung: Investitionen in Zukunftssektoren wie Kinderbetreuung, Pflege und soziale Dienstleistungen. Die Schaffung von Jobs, von denen man auch leben kann.

* Demokratische Öffentlichkeit: die Beseitigung aller rechtlichen und informellen Barrieren beim Zugang zu Politik, Medien, Wirtschaft und Kultur. Damit alle sich Gehör verschaffen und ihre Anliegen einbringen können.

ProponentInnen sind neben Hubert Feichtlbauer u.a. Roland Düringer, Ursula Strauss, Reinhard Nowak, I-Wolf Wolfgang Schlögl, Eser Akbaba, Stephan Schulmeister, Joseph Zotter, Hans Staud, Bischof Michael Bünker, Ali Gedik. Die Kampagne wird von M-Media, SOS-Mitmensch und dem Integrationshaus getragen.



Die deutsche Regierung beispielsweise.

Naja, auch Außenminister und ÖAAB-Obmann Spindelegger sagte, er wünscht sich mehr Zuwanderung. Aber dass die ÖVP sich zum Terminus Einwanderungsland bekennt, wird man wohl so schnell nicht erreichen. Das ist auch nicht entscheidend, es kommt auf das politische Verhalten an. Realistisch und zumutbar ist, dass wir Schutzbedürftige und solche aufnehmen, die das Land braucht.

Das bedeutet die Beschränkung auf humanitäre Pflichten und den eigenen Nutzarbeitsdiskurs. Sie selbst haben als Vorsitzender der Initiative „Wir sind Kirche“ viel Erfahrung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen gesammelt. Beobachten Sie, dass der Gemeinschaftssinn abgenommen hat?

Ja, definitiv. Nach dem Krieg neigte man zur Verdrängung und sagte, streiten wir nicht, wer Schuld hatte, sondern spucken wir in die Hände und bauen den Staat wieder auf! Jeder, der sich daran beteiligt hat, hat das auch in der Brieftasche gespürt. Auch hier waren eigene Interessen im Spiel. Heute ist es aber schwer, jemanden zu überzeugen, sich für die Menschenwürde auch der Zuwanderer einzusetzen, weil die Vorteile davon nicht gleich, sondern erst eine Generation danach spürbar werden.

Sind Jugendliche heute unpolitischer?

Dass sich die Jugend überhaupt nicht für Politik interessiert, das hätte es zumindest nach dem Krieg nicht gegeben. Die Erweckung des „Ich“ in der Gesellschaft ist sicherlich etwas Positives, früher verschwanden die Interessen des Einzelnen ja unter denen der Partei oder der Klasse oder auch der Familie. Die Eltern durften Kinder nicht loben, weil die dann verdorben würden. Die Betonung der Individualität wird aber längst übertrieben, letztlich engagieren sich Menschen vor allem dort, wo ihre eigenen Interessen befriedigt werden sollen.

Wie beurteilen Sie die Selbstbeschreibung der ÖVP als christlich-soziale Partei? Ist das Ihrer Ansicht nach angemessen?

Sie ist weit weniger angemessen als vor 50 Jahren. Und sie war schon damals anders zu verstehen als in ihren Ursprüngen Ende des 19. Jahrhunderts, als auch Kapläne oder Adelige meinten, man könne Industriearbeiter nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Es gibt auch heute noch ÖVPler, die das nicht vergessen haben. Sie sprechen aber lieber von christlich-demokratischen Werten, erstens,



weil das Christlichsoziale im Ständestaat eine Abwertung erfahren hat, und zweitens, weil man glaubt, man tut sich leichter, wenn man sich als demokratisch und nicht als sozial bezeichnet. Diese Gruppe ist sicherlich kleiner geworden, aber noch kann sich die Partei nicht erlauben, sie abzuschreiben. Würden diese Leute aufstehen und eine Entscheidung fordern: Wollt ihr weiter rechts im Fischteich angeln oder euch den christlich-sozialen Wählern zuwenden, sonst gehen wir – dann würde sich die Partei wahrscheinlich auch heute noch für christlich-sozial und nicht für christlich-blau entscheiden.

Das klingt so, als wäre es fast eine Hürde für eine Karriere in der ÖVP geworden, sich zu diesen Werten zu bekennen.

Nein, das nicht. Es gibt natürlich immer Konjunkturen, nach der schwarz-blauen Regierung war die Möglichkeit, christlichsoziale Gedanken einzubringen, wieder größer. Ich glaube aber, es ist ungefähr in allen Parteien gleich: Das Pragmatische triumphiert, die Persönlichkeit ist gesucht. Wenn man glaubt, einen Sonnyboy oder ein Sonnygirl für die Politik entdeckt zu haben, dann nimmt man die, und erst hinterher fragt man sie genauer, was sie sich unter ihrem Einzug in die Politik eigentlich vorstellen. Das führt zu bekannten Ergebnissen. Fast hätte man ja auch Grassler zu so einem Sonnyboy-Spitzenkandidaten gemacht, wenn es nicht im letzten Moment verhindert worden wäre.

Sie stammen aus Oberösterreich, gerade

dort mobilisierten in den vergangenen Jahren viele ÖVP-Bürgermeister bei Abschieden langjähriger Mitbürger gegen die eigene Parteizentrale. Besteht nicht eine unheimliche Differenz zwischen der Basis und der Spitze?

Auf der Gemeindeebene ist diese Werthaltung sicherlich weit stärker vertreten. Es ist auch unbestreitbar, dass Landeshauptmann Pühringer einer der eindeutigsten Vertreter einer christlich-sozialen Politik ist. Das färbt auch auf die Bürgermeister ab.

Noch eine Frage zum erwähnten Lichtermeer von 1993: Damals gingen Hunderttausende gegen das „Österreich-zuerst“-Volksbegehren der FPÖ auf die Straße. Mittlerweile wurden die FP-Forderungen fast vollständig durch Regierungen umgesetzt. Hat man da so gesehen nicht wenig erreicht? Wie sinnvoll ist so eine Manifestation?

Ich würde nicht sagen, dass man wenig erreicht hat. Die erzielte Bewusstseinsbildung wirkt nach. Wenn mir jemand in meiner Rolle als Kirchenreform-Anwalt sagt: „Ihr habt's gar nichts erreicht“, dann bestreite ich das auch immer. Bei der Bewusstseins-schaffung wurde viel erreicht, alle Umfragen, auch im innersten kirchlichen Bereich, belegen unglaubliche Veränderungen. Sie schlagen sich nur noch nicht in einem einzigen Kanon des kirchlichen Gesetzbuches nieder. Aber Geduld, auch das kommt noch. Auch das Lichtermeer war nicht vergeblich, man kann mit solchen Veranstaltungen einer mutigen Politik oder solchen, die sie gerne betreiben würden, immer wieder den Rücken stärken.

Sie haben den Organisatoren der Kampagne empfohlen, nicht nur von Harmonie zu reden. Sie fordern eine offene demokratische Austragung von Konflikten, um Probleme besser zu lösen. Sind Ihnen die Organisatoren zu soft?

Ich habe gesagt, es ist schön, nicht polarisieren zu wollen, keine Feindbilder aufzubauen, keine Schuldigen zu suchen. Das klingt wunderbar, entspricht aber nicht der politischen Wirklichkeit. Demokratie baut auf Konflikten auf, deshalb sollte man nicht versuchen, mit oberflächlichen Harmonisierungsformulierungen Zustimmung zu erwerben. Dadurch wird niemand seine Meinung ändern, besser ist es, den Konflikt anständig auszutragen. Auch NGOs können in einem offenen Dialog mit differenzierenden Argumenten durchaus Sympathien gewinnen.

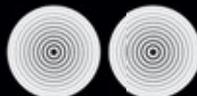
INTERNATIONALES FILMFESTIVAL
DER MENSCHENRECHTE

this human
2.-12.
DEZEMBER **world** 2010

GARTENBAU SCHIKANEDER TOPKINO
CINEMAGIC BURG KINO

www.thishumanworld.com

this
human
world



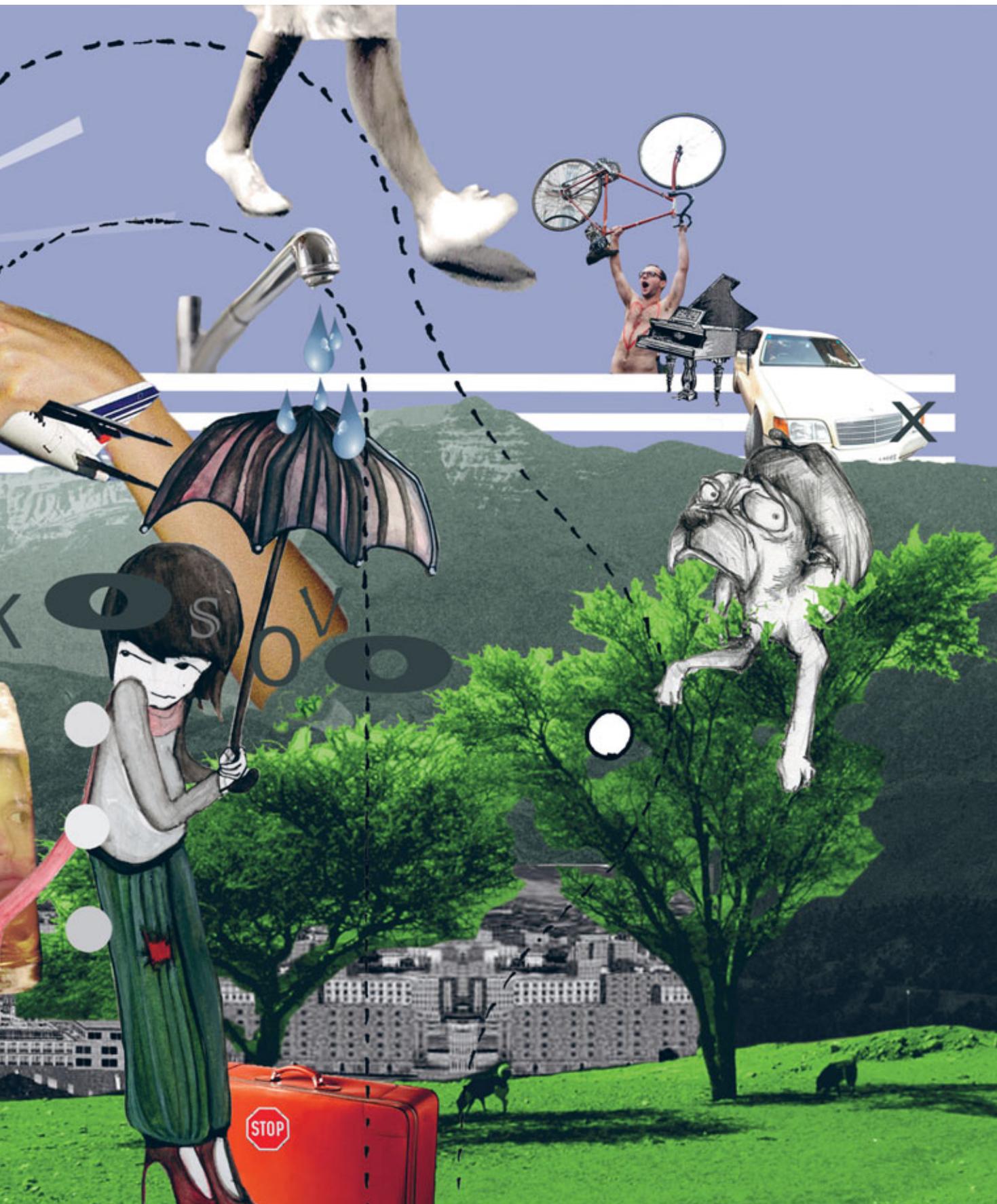
Wien-Wahlen

GLÜCKLICH IN WIEN

Was braucht es, um in Wien glücklich zu leben? Sechs EinwohnerInnen dieser Stadt äußern ihre Forderungen und Wünsche.

Illustration: Eva Vasari





WEM GEHÖRT DER RAUM?

Von Peter Pilsl

Ich will und fordere Raum für mich und andere. Kraftvoll und lustvoll. Es gibt so viel Platz in Wien, aber der ist immer schon besetzt, gehört scheinbar und angeblich schon jemand anderem. Oder die Nutzungsrechte sind vergeben. Die Straße gehört den Autos, die Wände darüber der Gewista und den Telekom-Werbungen, die Schönheit den Werbemodells, die Milch dem Billa und die Häuser sicher ned denen, die darin wohnen. Und für Menschen, die zu uns kommen wollen oder politisch ein bisschen was besser machen wollen, ist auch kein Platz. Umbringen, abschieben, Gefängnis, Prozesse, Illegalisierung, Repression – traurig und deprimierend ist das. Dauernd zu hören und zu spüren, dass kein Platz für die Dinge da ist, die wichtig und gut und sinnvoll sind. Und dafür jeden Tag mit dem Mist überschwemmt zu werden, dem der ganze Platz aus unerfindlichen Gründen angeblich gehört. Ich glaub das nicht. Der Raum ist für alle da!

Und genau darum fehlt mir was ganz Bestimmtes zum Glücklichsein: mehr Menschen, die sich Raum und Platz nehmen. Menschen, die sich überlegen, was von dem vielen Platz und Raum rundherum eigentlich ihnen gehören sollte. Und sich fragen, warum ihr Raum angeblich wem anderen gehört. Und dann für sich, gemeinsam oder mit vielen, ein Stück nehmen. Ein Stück Straße, ein Stück Stadt, ein Stück Land. So – hier sind wir und wir tun jetzt endlich mal. Wir fordern keine Radwege, keine Mietrechtsreform, keine Bioprodukte, keine Entschärfung des Paragraphen 278a und auch keine ein bisschen humaneren Umgangsformen für die Guten unter den AusländerInnen. Weil das tun wir eh schon eine ganze Weile, und der Platz für uns wird trotzdem ned so wirklich mehr. Sondern wir tun.

Peter Pilsl bei Vize-Kanzler Josef Pröll.



Sich den Raum nehmen. Fahrrad-Demo in Wien.

Wir nehmen Platz. Wir leben anders. Ein bisschen, ein paar Stunden im Monat, ein bisschen mehr, zwei Tage vielleicht und dann einmal viel. So viel, wie's uns halt gut tut. Wie sich's gut anspürt. Wer sich traut, findet plötzlich Raum und Platz – und ... es macht glücklich. Versprochen.

Peter Pilsl ist Vorstand der IG Fahrrad und Gründer des IT-Unternehmens goldfisch.at.

PROST!

Von Sedat Pero

Wir, die große österreichische Nation, haben den Krieg gegen drei Kinder und eine arme Mutter gewonnen. Wir haben es mit unseren Ministern und Polizisten geschafft, die Familie Zogaj in den Kosovo zu schicken. Jetzt können wir zufrieden Wurst, Schweinsbraten, Schnitzel essen und dazu unser Bier trinken. Und anschließend furzen: Prost! Menschen nach acht Jahren zurück in die Heimat zu schicken, ist illegal!

Die Familie Zogaj ist nur ein Beispiel, das in den Medien bekannt wurde. Es gibt in Österreich Tausende von Menschen, die jeden Tag mit der gleichen Angst aufwachen, in die Heimat verschoben zu werden. Ein Bekannter, der auch seit Jahren um ein Visum kämpft, bekommt mit seiner österreichischen Freundin bald eine Tochter. Es ist noch immer unklar, ob er bleiben darf. Er hat beschlossen das Mädchen „Asyl Gerichtshof“ zu nennen. Ich finde das ganz cool. Wer weiß, vielleicht wird seine Tochter eine Ministerin mit diesem schönen Namen.

Die ÖsterreicherInnen kennen die MigrantInnen zu wenig. Noch schlimmer ist, dass sie

sich gar nicht bemühen, sie kennenzulernen. Aber sie fliegen nach „Arabien“. Das sagen manchmal sogar Akademiker. Manche reden auch von der „afghanischen Sprache“. Also, wir Österreicher interessieren uns überhaupt nicht für unsere Nachbarn. Aber wir setzen uns zu Weihnachten zum Computer und surfen nach einem billigen All-inclusive-Urlaub in „Arabien.“

Die österreichische Integrationspolitik ist schon vor vielen Jahren gescheitert. Der Beweis dafür ist die in den letzten Jahren immer strengere Gesetzgebung hinsichtlich MigrantInnen. Weil man die Thematik „Migration und Integration“ nicht richtig analysieren, verstehen und angehen will, versucht man jetzt, das Problem mit strengen Gesetzen zu lösen. Dieser Vorgang bedeutet für viele Menschen, in die Heimat abgeschoben zu werden. Ich fühle mich in dieser Stadt glücklich, wenn ich aufstehe und keine Angst habe, in die Heimat abgeschoben zu werden.

Sedat Pero ist Schöpfer des Satireformats „Die dritte Türkenbelagerung“ auf Okto TV.



Sedat Pero in Istanbul.



DIE STADT DES GLÜCKS

Von Nina Kusturica

Es ist eine schöne Aufgabe, die Gedanken in Richtung Wünsche zu öffnen. Ich darf in diesem Text fordern, was ich brauche, um in Wien glücklich leben zu können. Die Gedanken zu dieser Überschrift entwickeln sich schnell in eine surreale Richtung. Es wird geträumt ohne Ende, doch regelmäßig stört mich dabei die Frage, welche Rolle ich irgendeiner Stadt in meinem Leben geben möchte. Kann ich eigentlich bestimmen, welche Bedeutung Wien, die früheren oder die zukünftigen Orte in meinem Leben haben?

Sehr gerne gehe ich in Wien spazieren. Die Schuhe, die ich dabei trage, werden von Jahr zu Jahr besser. Die ersten Winterschuhe vor 18 Jahren musste ich mit einer Alufolie auskleiden, damit ich bei den Übungs-Dreharbeiten im winterlichen Garten des Schloss Belvedere nicht zusammenbreche. Welche Wünsche kann ich an eine Stadt richten, an einen Ort, an dem ich das Nicht-Haben jahrelang in jedem Bild zu sehen bekommen habe?

Wien, 1992. Wien, 2010.

Gespiegelte Realitäten. Von Nina Kusturica.



Ich darf das zweite Mal in meinem Leben an Wahlen teilnehmen. Großer Fortschritt!

Kein Flüchtling mehr, diesmal bin ich eine Künstlerin. Ich gehe mit meinen guten Schuhen am Naschmarkt spazieren, ertrage aber den Anblick der frischen Früchte nicht. Es geht der gleiche Blick des Nicht-Habens an den Ständen vorbei, nur diesmal erkenne ich ihn an anderen Menschen. Wir sind verwandt. Ich wünsche mir, dass ich in Wien, in der Stadt, die sich der weltweit höchsten Lebensqualität rühmt, nicht das Nicht-Haben in den Augen der Menschen entdecke. Dass sich ihnen die Wiener Ecken und Grätzl nicht nach den Momenten der Entwürdigung einprägen.

In Wien glücklich sein? Zahlreiche KünstlerInnen haben in Wien ihre Werke entstehen lassen. Das Werk ist das, was mich als Künstlerin glücklich macht – und nicht umgekehrt. Auch das hat mir Wien beigebracht. Ich wünsche mir, dass die Gesetze der Stadt für Menschen gemacht werden und nicht nach den Interessen der Politik, dass Errungenschaften ein Vorteil für alle sind, dass mehr junge Menschen an der politischen Gestaltung teilnehmen und dass sie weniger zu KonsumentInnen nach Maßstäben der Wirtschaft werden. Ich wünsche mir in Wien weniger Imperium und mehr Individuen.

Nina Kusturica ist Regisseurin („Little Alien“) und Ko-Geschäftsführerin der Mobilefilm.

ON MINOR HUMAN RIGHTS ISSUES

Von Angelina Banke

Life in Vienna seems paradise to one who comes from an impoverished and corrupt country. But one can also fall victim to institutionalized injustice. Let me cite my experiences: In the hands of the police one can suffer prejudice and racism quietly as exemplified by my experience. This incident happened at the Floridsdorfer Brücke. While driving on the way home after I dropped my husband at his office, I did not know that a police car was following me until the siren went off and a policeman (out of 2) motioned me to stop. I knew I was driving within the speed limit and it was a shock to be stopped that way. He asked me for my car papers and my driver's license which I showed without hesitation. Then he asked me if I knew that I was



Angelina Banke

driving with only one brake light and that I was a danger to other motorists. I responded that I did not know otherwise my husband would have replaced it. I said I'm sorry and I would drive straight away to my mechanic to have it changed since I was only 5 minutes away. Instead he said I should follow his car because my car needed further check-up. I ended up in the police workshop in Strebersdorf. My car was thoroughly checked like I was driving with contraband, the whole car was turned inside out, hand and foot brakes were tested, engine, lights, oil, water, brake fluid, under the car and I do not know what else was checked. In the end the policeman removed my car plates and told me to go home, but I cannot drive my car. Not knowing how to go home from the place I have never been to, I called up my husband desperately and told him where I was. He told me to remain where I was and he would call the mechanic to tow my car. In 15 minutes my mechanic came with his tow truck, drove me home and towed my car to his workshop. In addition I had to pay a hefty fine for driving with only one brake light and for the cost of car inspection. Even my mechanic (an Austrian!) agreed that it was a torture of some kind I was subjected to. Being a foreigner in Vienna is fine, except when you get entangled with authorities like the police. There are a few unfortunate incidents like this I can think of, but in spite of all the negative feelings they generated, I am happy living in Vienna together with my family and cannot be any happier elsewhere.

Angelina Banke unterrichtet philippinisch-österreichische Kinder in Landesgeschichte und Tagalog. Sie ist Gründerin der Rizal-Blumentritt Gesellschaft.



DISCOAPARTHEID

Von Clara Akinyosoye

Wer schon das Vergnügen hatte, andere europäische Metropolen zu besichtigen, weiß: Wien ist gar nicht so übel. Wien hat hervorragende Verkehrsmittel, das Wiener Leitungswasser ist in seiner Qualität kaum zu übertreffen. Wien ist sauber. Wien ist sicher. Wunderbar! Wien bedeutet Lebensqualität. Wien ist aber auch die Stadt, in der es noch möglich ist, dass schwarzen Menschen der Eintritt in diverse Lokalitäten verboten wird. Wien ist eine Stadt, in der Discoapartheid trotz Antidiskriminierungsgesetz nicht ausstirbt. Dass Türsteher Menschen (besonders Männern) mit schwarzer Hautfarbe den Eintritt verweigern, ist eine Realität. Ausreden wie „Geschlossene Gesellschaft“ oder „Es ist schon voll“ verlieren schnell ihre Glaubwürdigkeit, wenn daneben Menschen nicht-schwarzer Hautfarbe problemlos eingelassen werden. Zuweilen wird auch gar kein Hehl daraus gemacht, dass die Hautfarbe der Grund ist. All das bestätigt 2009 auch die europäische Kommission gegen Rassismus und Into-

Stop Racism. Foto von Clara Akinyosoye.



leranz in ihrem Bericht: „Beim Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen wie Geschäften, Gastbetrieben oder Diskotheken kommt es immer wieder zu Vorfällen direkter Diskriminierung, deren Opfer vor allem Personen schwarzer Hautfarbe sind.“

Umstände wie diese sind gerade in einer Stadt, die mit ihrer Weltoffenheit wirbt, beschämend. Wien ist eine Stadt, in der Rassismus oft konsequenzlos bleibt. In der PolitikerInnen zu feige sind, Tacheles zu reden. Zu feige, um zuzugeben, dass es Anti-Schwarze-Rassismus gibt, und zu feige, um konsequent dagegen vorzugehen. Stattdessen Integrationsdebatten, die größtenteils auf Defizite von MigrantInnen fokussieren. Öffentliche Debatten über Rassismus in der Mehrheitsgesellschaft und Maßnahmen dagegen fehlen. Leider.

Wien ist eine multikulturelle Stadt, in der das Zusammenleben eigentlich gut funktioniert. Wer Integrations- und Diversitätspolitik macht, sollte die Lebensrealitäten von schwarzen Menschen aber kennen. Die derzeitige Integrationsstadträtin scheint dafür offen zu sein. Wann immer sie bereit ist, sich von der Apartheidspolitik in Wiener Lokalen zu überzeugen, lade ich sie herzlich zu einem Gespräch und einer Lokaltour mit Betroffenen ein.

Clara Akinyosoye ist stellvertretende Chefredakteurin von www.afrikanet.info.

FORSCHUNGSREISE FÜR DEN STADTRAT

Von Jana Herwig

Ende 2007 bin ich über Vorarlberg nach Wien gekommen – vorher habe ich in den unterschiedlichsten Städten gelebt, von nordhessischem Dorf bis südafrikanischer Kleinstadt, von Karnevalshochburg bis Ostküstenmetropole. Als Doktorandin im Bereich Internetforschung ist Wien für mich ideal mit seiner Dichte an netzkulturelevanten Veranstaltungen und vor allem Personen, die sich damit befassen. Das Quartier für Digitale Kultur (QDK) und die Abende im Raum D waren sehr wichtig für mein Ankommen hier in Wien. Im Vergleich zu anderswo vermissen ich die innerstädtischen Grünflächen – und noch mehr irritiert mich das allgegenwärtige Rasen-Betreten- und Grillverbot. Wem gehört denn die Wiese, und was soll ich mit einer, die ich nur anschauen darf? Vielleicht wären die Wiesen auch weni-



„Hinsetzen verboten“ im Pötzleinsdorfer Park, respektvoll beachtet von Jana Herwig.

ger Hundstrümmerl-verseucht, wenn man sie nutzen dürfte – ich bin keine Landschaftspflegerin und kenne nicht die Geheimnisse einer Stadt wie Köln, wo im Hochsommer täglich hunderte Menschen am innerstädtischen Aachener Weiher grillen, andere dort ihre Hunde ausführen und die Flächen weder absterben noch zugeschissen werden. Vielleicht geht sich für den Wiener Stadtrat ja mal eine Forschungsreise an den Rhein aus, die Flugverbindungen von Wien aus sind ja ideal. Auch das gefällt mir gut, die Vernetzung Wiens nach außen. Bei der Vernetzung nach innen bin ich mir nicht sicher, ob die so gut funktioniert. Als Zugereiste hat man manchmal den Eindruck, dass Wien eine mehrfach gesplante Stadt ist, und damit meine ich weniger die Trennung nach Wohnorten – jede Großstadt hat wohl ihr Nußdorf und ihr Favoriten –, sondern Dinge wie die Überpräsenz der Adabekultur über alle Medien hinweg im Verhältnis zur Unsichtbarkeit etwa des Gemeindebaulebens. Dass es ein Wien gibt, an das man als Fremde kaum herankommt (und vielleicht auch gar nicht will), merkt man spätestens dann, wenn irgendjemand in der Bim eine rassistische Schimpftirade ablässt – die ich mittlerweile von Leuten aus allen Schichten gehört habe. Wenn die Ghettoisierung im Kopf sitzt – wie kommt man da ran?

Jana Herwig ist Bloggerin (<http://digiom.wordpress.com>) und Universitätsassistentin am Institut für Theater- und Filmwissenschaft.



Jana Herwig

WAHLWECHSEL. MIGRANTEN WÄHLEN!

Bei der Wienwahl am 10. Oktober ist ein Fünftel der Bevölkerung, die ihren Lebensmittelpunkt in Wien hat, nicht wahlberechtigt. Oder doch? Drei AktivistInnen mit Migrationshintergrund zeigen, wie das geht.

Interview: Andreas Görg

Fotos: Lisl Ponger



Sidy, du hast bei der letzten Nationalratswahl gewählt, ohne österreichischer Staatsbürger zu sein. Gemäß der Wahlwechsel-Idee wählen Personen, die nicht wählen möchten, im Auftrag einer nicht stimmberechtigten Person. Wie hast du von der Idee erfahren?

Sidy W.: Von einer befreundeten Künstlerin. Hab die Idee super gefunden. Ich lebe

hier seit vielen Jahren, meine ganzen Sachen sind hier, ich zahle hier Steuern, meine Kinder gehen hier in die Schule und jede Entscheidung über Staatsangelegenheiten trifft mich genauso. Warum sollte ich nicht wählen? Naja, das habe ich dann auch getan. Ich habe mich eingehend mit den Parteien auseinandergesetzt und meine Wahl getroffen.

Ljubomir, warum machst Du den Wahlwechsel?

Ljubomir B.: Mir gefällt es, dass sie uns das Wählen nicht verweigern können. Wir wählen schon lange, konkret seit der Nationalratswahl 2002. In diesem Jahr wurde auch der letzte Versuch der Demokratisierung des Wahlrechts unternommen und vom Verfassungsgerichtshof wieder aufgehoben.

demokratische Solidarität



resident = voter

WAHLWECHSEL

WAHLWECHSEL



resident = voter

Antirassismus



Wahlrecht für alle!



resident = voter

WAHLRECHT DEMOKRATISIEREN!

demokratische Solidarität

Antirassismus



WAHLWECHSEL



Alle die hier sind, sind von hier



Andreas Görg im Gespräch mit Sidy W.

Seither herrscht bezüglich des Wahlrechts Stillstand in den politischen Institutionen. Und wir machen halt Wahlwechsel.

Vlatka, du hast mit dem Wahlwechsel aufgehört. Warum?

Vlatka F.: Vor ein paar Jahren war der Wahlwechsel für mich gut, damals waren wir eine kleine Gruppe, die Idee war eine politische Herausforderung, aber mittlerweile stehe ich dem Ganzen skeptisch gegenüber, weil die Idee im kleinen Kreis geblieben ist. Dabei könnte der Wahlwechsel dazu genutzt werden, um Allianzen über den Kreis der antirassistischen Szene hinaus zu schließen. Wir träumen davon, dass der Wahlwechsel riesige Ausmaße annimmt. Aber wir sind immer noch in der Phase des Ausprobierens, was der Wahlwechsel wirklich kann.

Wie soll das Ziehen breiterer Kreise konkret funktionieren?

Vlatka: Frag in deinem Freundeskreis herum. Der Wahlwechsel hat Vorteile für beide Seiten. Die Abgabe der Wahlentscheidung bringt den Wahlberechtigten üblicherweise Erleichterung. Sie können demokratische Verantwortung abgeben.

Ist der Wahlwechsel ein Verstoß gegen das Wahlrecht?

Ljubomir: Der Wahlwechsel verstößt gegen das geltende undemokratische, vom Nationalstaat oktroyierte Wahlrecht. Allerdings verstößt das geltende Wahlrecht gegen die Demokratie. Ein demokratisches Wahlrecht wäre, wenn alle, die in einem Territorium rechtsunterworfen sind, auch die Gesetze bestimmen, die auf sie selbst zurückwirken.

Was würdest du Menschen empfehlen, die einen Wahlwechsel machen wollen?

Vlatka: Den Wahlberechtigten würde ich sagen: Wenn FPÖ-Wählen ein Problem für dich ist, dann mach keinen Wahlwechsel. Es kann nur funktionieren, wenn du auch für den Fall offen bist, dass die andere Person völlig andere Meinungen vertritt. Den Nicht-Wahlberechtigten würde ich sagen: Sucht euch eine sehr verschwiegene Person aus, die auf blöde Kommentare zu eurer Wahlentscheidung verzichtet. Solche Kommentare können euch die Lust am Wahlwechsel nehmen. Hab ich selbst erlebt.

Für die kommende Wahl wirst du die Wahlwechsel-Idee verbreiten?

Sidy: Ja. Es gibt Leute, die hierher gehören. Wenn der Staat ihnen keine Stimme gibt, dann überlassen wir ihnen halt unsere Stimme. Beim Wahlwechsel geht es für mich nicht nur darum, wer den Staat verwaltet. Die Parteien und Regierungen, die wir uns vorstellen, gibt es eh noch nicht. Es geht um eine breitere Verbindung, um das Zusammenleben in all seiner Komplexität. Daher gefällt mir auch das Logo der Wahl-

INFO

So wird's gemacht

Eine wahlberechtigte und eine nicht-wahlberechtigte Person bilden ein Wahlwechselteam. Die nicht-wahlberechtigte Person trifft die Wahlentscheidung, die wahlberechtigte Person verzichtet auf eine eigene Wahlentscheidung. In die Wahlzelle geht die wahlberechtigte Person und kreuzt an, was die nicht-wahlberechtigte Person entschieden hat. That's it.

wechsel-Kampagne. Das goldene X steht für mich auch für Zusammenhalt und Zusammentreffen.

Wieso wurde der Wahlwechsel nicht schon längst öffentlich propagiert?

Ljubomir: Nach der faktischen Auflösung der Kampagne „Österreich für Alle gleich“ im Vorfeld der Nationalratswahl 2002 hat sich keine Organisation mehr um die Idee gekümmert. Nun hat ENARA, das European Network Against Racism Austria, beschlossen, die Wahlwechsel-Kampagne zum zentralen Schwerpunkt für den kommenden Wahlkampf zu machen und sie im Rahmen der Willenskundgebung „Machen wir uns stark“ zu präsentieren. Der Wahlwechsel hat sich seit 2002 bis heute durchgezogen. Die Aktion hat Kontinuität, sie funktioniert. Bei dieser Wahl gibt es nun den Versuch, dass mehrere Organisationen den Wahlwechsel propagieren. Und diese Wahl wird sicher nicht die letzte Wahl sein, bei der Menschen wahlwechseln.

Die Langfassung des Interviews ist auf www.enara.at nachzulesen.

Michael Adam
Bellinda Akwa-Asare
Vera Albert
Nicole Bäck-Knapp
Stefan Bartusch
Josef Bednarik
Peter Blau
Jürgen Brües
Meryem Citak
Paulette D. Buczolic
Kajetan Dick
Jana Eberhardt
Ahmet Eraslan
Valerie Erwa
Stephan Fickl
Stefanie Fleisch
Edgar Forster
Gerhard Gakuru
Reinhold Gärtner
Aram Ghadimi
Ahmad Haschemi
Mathias Hauer
Ulrike Hauser
Reinhard Jellinek
Puja Khoschorur
Kathrin Kleindorfer
Birgit Kleinlercher
Markus Koban
Daniela Krammer
Oswald Kuppelwieser
Martin Leitner
Gudrun Lenk-Wane
Waltraud Liebich
Andrea Mayer-Edoloeyi
Katharina Meichenitsch
Markus Meister
Daneta Memisevic
Christiane Moser
Maria Katharina Moser
Michaela Moser
Klaus Obitsch
Melanie Ossberger
Niko Ostermann
Judith Pahola
Dana Pajkovic
Brita Pohl
Herbert Poledna
Alexander Pollak
Martina Pregartner
Anna Pregartner
Max Preglau
Kasim Qurbanali
Paula Rossi
Manuel Rubey
Irmis Salzer
Martin Schenk
Andreas Schmid
Friedrun Schütze
Sebastian Seidl
Hanna Silbermayr
Riki Simoni
Katharina Sonderegger-Kyck
Alexander vanDerka
Hans Christian Voigt
Markus Willand
Gerhard Wannenmacher
Adam Wehsely-Swiczinsky
Sandra Weihs
Elke Weissenborn
Susanne Wolf
Susanne Zoehrer
Sarah Zott

und viele, viele mehr
haben sich bereits
stark gemacht

machen wir uns **STARK** 18. September

Machen wir uns stark. 18. September. Heldenplatz Wien. Willenskundgebung, Manifest, Konzert.

Österreich ist schön, reich und ziemlich bunt. Es ist ein vielfältiges Land, und das ist gut so. Darauf kann man etwas aufbauen. Ändern wir doch die Dinge, die schief laufen: in der Schule, am Arbeitsmarkt und beim Zusammenleben.

Zauderer, Zyniker und Zündler waren jetzt lange genug am Wort. Wir brauchen hier niemanden, der Menschen gegeneinander aufwiegelt. Wir verzichten auf alle, die Flüchtlinge und Arbeitslose zu Sündenböcken machen. Wir lassen uns auch nicht einreden, dass die Opfer der Finanzkrise an ihrem Schicksal selbst schuld sind. Diese Hetze vergiftet uns nur. Und sie lenkt von den Fragen ab, die für unsere Zukunft wirklich wichtig sind.

Machen wir uns stark. Für eine lebendige Demokratie, in der etwas weiter geht, für eine Politik, die Chancen nutzt und Probleme angeht.

Wir lassen uns nicht spalten. Alle leben wir in diesem Land und alle können wir es mitgestalten. Grundrechte gelten ohne Ausnahme. Es gibt immer unterschiedliche Meinungen. Aber wir wollen vernünftig miteinander reden. Wir bauen nicht auf Sündenböcke. Wir bauen auf die Zukunft.

Konkret fordern wir daher:

* einen radikalen Kurswechsel in der Asyl- und Fremdenpolitik. Als ersten Schritt: ein Ressort für Diversität und Integration. Damit das Zusammenleben keine Polizeisache mehr ist.

* eine mutige Bildungspolitik, die die Vielfalt der Menschen anerkennt. Als ersten Schritt: eine kräftige Erhöhung des Bildungsbudgets und eine Schule, die nicht ausgrenzt. Damit das Potential, das in unseren Kindern steckt, sich voll entfalten kann.

* eine gerechtere Verteilung des Wohlstands und Jobs, von denen wir leben können. Als ersten Schritt: Investitionen in Zukunftssektoren wie Kinderbetreuung, Pflege und soziale Dienstleistungen. Damit wir niemanden zurücklassen.

* das entschlossene Eintreten für eine demokratische Öffentlichkeit. Als ersten Schritt: die Beseitigung aller rechtlichen und informellen Barrieren beim Zugang zu Politik, Medien, Wirtschaft und Kultur. Damit alle sich Gehör verschaffen und ihre Anliegen einbringen können.

www.machen-wir-uns-stark.at

Machen wir uns stark!

auf machen-wir-uns-stark.at

Jetzt kommt es auf uns alle an! Zauderer, Zyniker und Zündler waren lange genug am Wort. Gehen wir die Fragen an, die für unsere Zukunft wirklich wichtig sind.

Machen wir uns stark für einen radikalen Kurswechsel in der Fremdenpolitik, eine mutige Bildungspolitik, eine gerechtere Verteilung des Wohlstands sowie Jobs, von denen wir leben können.

Mobilisieren wir für eine Willenskundgebung am 18. September 2010 auf dem Heldenplatz! Eine Manifestation der Zivilgesellschaft zur rechten Zeit kann einen machtvollen Ruck in der Politik auslösen.

3333 Menschen, die 15 Euro spenden, können unseren Anliegen eine unabhängige und wirkungsvolle Bühne geben. Machen wir uns stark!

The screenshot shows the website interface for the 'machen wir uns stark' campaign. At the top, there is a navigation menu with links for 'Unterstützen', 'Appell', 'Presse', 'ProponentInnen', 'Impressum', and 'Kontakt'. The main header features the campaign logo 'machen wir uns stark' and the date '18. September'. A prominent yellow progress bar indicates the current 'Spendenstand: € 6252.00' out of a goal of 50,000, with a '2' icon next to it. Below the progress bar, the text reads 'Machen wir uns stark. 18. September 2010. Willenskundgebung, Manifestation, Konzert am Heldenplatz.' To the left, a section titled 'ProponentInnen' displays a grid of 12 small portraits of individuals. To the right, a section titled 'UnterstützerIn' lists names such as Thomas Riebl, Roman Gutsch, Antenea, susanne scholl, Darko Miloradovic, Marlies u. Osmar Eckhart, Marlies, David Walch, and Kathrin Niedemöser. The central part of the page contains a registration form with three steps: '1. Einstehen', '2. Einladen', and '3. Spenden'. The form includes fields for 'Ich mache mich stark für', 'Vorname', 'Nachname', and 'Bild hochladen (50 x 50 Pixel)'. There is also a checkbox for 'Ich möchte ohne Namensnennung unterstützen' and a 'Durchsuchen...' button. At the bottom of the form, there is a confirmation statement 'Ich bestätige die Unterstützungsbedingungen' and a yellow 'Ich mache uns stark' button. On the far right, there is a sidebar with social media links and a small image of a poster.

SOZIALE UNGLEICHHEIT MACHT STRESS

Ungleichheit, sagt der britische Sozialwissenschaftler Richard Wilkinson, ist die Ursache für alle sozialen Probleme. Kein anderer Faktor hat so fundamentale Auswirkungen auf das gesellschaftliche Glück.

Interview: Cathren Müller

Herr Wilkinson, Ihr Buch über soziale Ungleichheit scheint mit besonderem Nachdruck geschrieben ...

Der Eindruck ist sicher richtig. Ich finde schon sehr lange, dass soziale Ungleichheit eine der bedeutendsten Menschenrechtsverletzungen darstellt. Obwohl meine früheren Bücher akademische Erfolge waren, habe ich es lange nicht geschafft, das Thema auf die öffentliche Agenda zu bringen. Ich dachte, ich habe noch einen letzten Versuch.

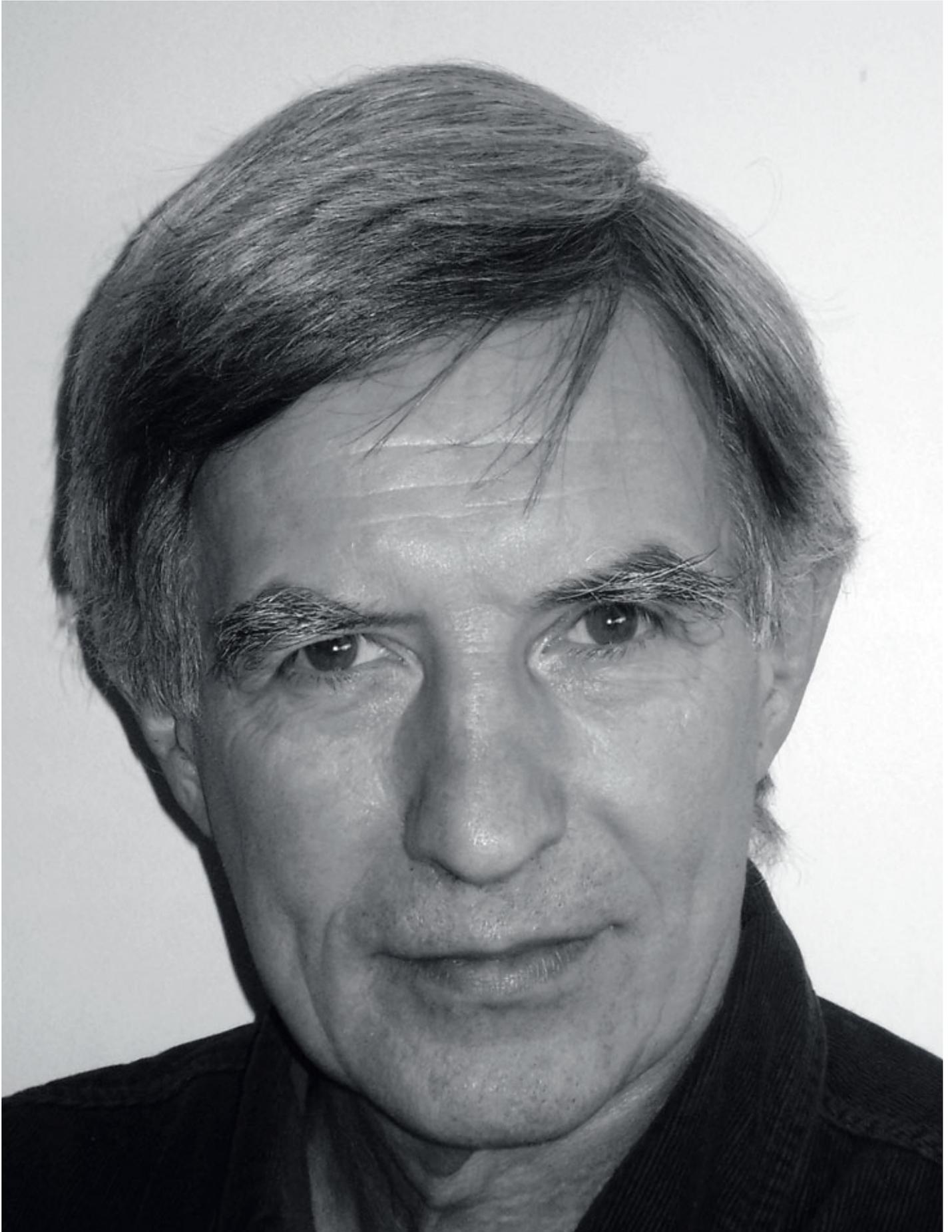
Was war der Anlass, dieses Buch jetzt zu schreiben?

Es gibt zwei Anlässe: Es ist erstaunlich, dass es trotz unseres enormen Wohlstands in den reichen Ländern so viele soziale Probleme gibt. Unser Lebensstandard ist – verglichen mit früheren Jahrhunderten – enorm, aber die psychischen Erkrankungen haben zugenommen. Wir erleben massive Gewaltprobleme, und unsere Gefängnisse quellen über. Diese Mischung von materiellem Erfolg und sozialem Versagen halte ich für über-

raschend. Der zweite Anlass ist das Ergebnis meiner Forschung über die sozialen Ursachen von Gesundheit und Krankheit. Ich habe herausgefunden, dass die geringere Lebenserwartung von ärmeren Menschen nicht allein mit schlechteren Lebensbedingungen, wie feuchten, ungeheizten Wohnungen oder schlechterer Ernährung zusammenhängt, sondern auch damit, wie man sich fühlt. Ob man deprimiert ist, hoffnungslos, erschöpft, ängstlich. Diese Gefühle sind das Ergebnis von chronischem Stress. Stress, der sich auf das Herz-Kreislaufsystem auswirkt und den Körper schneller altern lässt. Wenn also die Lebenserwartung mit chronischem Stress zusammenhängt und dieser mit der niedrigen sozialen Position, so dachte ich, müsste chronischer Stress nicht nur die Lebenserwartung beeinflussen, sondern auch andere soziale Effekte haben. Es zeigte sich, dass es zwischen chronischem Stress und vielen sozialen Problemindikatoren wie Teenagerschwangerschaften oder Drogenmissbrauch einen Zusammenhang gibt.

Sie glauben, dass soziale Ungleichheit die Ursache eigentlich aller sozialen Probleme ist?

Ja, denn soziale Ungleichheit wirkt direkt auf die Qualität unserer Beziehungen zu anderen Menschen. Die zentrale Aussage unseres Buches ist, dass mit zunehmender Ungleichheit das Vertrauen zu anderen abnimmt, die Menschen sich weniger sozial engagieren, zum Beispiel in ihrer Nachbarschaft, und dass die Gewalt steigt. In ungleichen Gesellschaften sind die Menschen weniger kooperativ und weniger an der Gemeinschaft interessiert. Zugleich wird das Urteil anderer über uns immer wichtiger und die Statuskonkurrenz größer. Menschen sind ohnehin soziale Wesen, und es liegt in ihrer Natur, dass ihnen das Urteil anderer nicht gleichgültig ist. Es macht einen Unterschied, ob man respektiert wird oder nicht. In ungleichen Gesellschaften werden soziale Kontakte aber zu Stressfaktoren. Je schwieriger die sozialen Beziehungen werden, desto mehr Alkohol und Drogen werden konsumiert,



desto mehr wird gegessen. Fettleibigkeit ist ein Indikator für sozialen Stress.

Sie schreiben, dass unter Stress alle leiden, nicht nur die Unterschicht.

Ja, Stress ist in der gesamten Gesellschaft ein Problem. Es betrifft aber die unteren Klassen stärker, wie auch die Ungleichheit in den unteren Klassen ernstere Folgen hat. Ungleichheit ist nicht die einzige Ursache für Stress und auch nicht für alle anderen Phänomene, die wir in unserem Buch untersuchen. Ungleichheit zieht sich aber wie ein roter Faden durch alle Bereiche.

Ist Ungleichheit der einzige Faktor, der einen Zusammenhang mit all den sozialen Problemen von Gewalt über Fettleibigkeit bis Schulversagen hat?

Nein. Wenn es zum Beispiel um schulische Leistungen geht, dann spielt Nachhilfeunterricht eine Rolle und ob jemand da ist, der die Hausaufgaben kontrollieren kann. Auch bei gesicherten Zusammenhängen – etwa von Ungleichheit und Gewalt – spielen weitere Faktoren eine Rolle. Waffengesetze zum Beispiel.

Das hängt doch auch mit sozialer Ungleichheit zusammen.

Ja, aber der Grund, warum alle untersuchten Zusammenhänge nicht linear sind, ist der, dass Ungleichheit eben nicht der einzige Einflussfaktor ist. Allerdings ist der Einfluss der Ungleichheit statistisch so groß, dass alle untersuchten sozialen Phänomene unerklärt wären, nähme man die Ungleichheit heraus.

Es gibt also keine weitere, ähnlich bedeutende Einflussgröße?

Nein, ich kann mir nicht vorstellen, dass es eine weitere Größe gibt, die alle Variablen gleichermaßen beeinflusst.

Wie wird die Ungleichheit, die Sie anhand der Einkommensdifferenz gemessen haben, auf individueller Ebene reproduziert?

Individuell wird Ungleichheit bei den unteren Klassen als soziale Erniedrigung und relative Benachteiligung erlebt. Das Gefühl, in einer feindlichen Umgebung zu sein, unerwünscht zu sein, wird an die Kinder weitergegeben. Die Anpassung an die Umwelt vollzieht sich in den ersten Lebensjahren. Diese grundlegende Fähigkeit zur Anpassung an die Umwelt finden wir bei Pflanzen genauso wie bei Säugetieren. Menschen passen sich an eine bestimmte soziale Um-



Materielle Armut und ein Gefühl sozialer Erniedrigung gehen Hand in Hand. Richard Wilkinson auf der 8. Armutskonferenz in Salzburg im Februar 2010.

welt an. Die Frage ist: Wächst man in einer Umwelt auf, in der man um alles kämpfen muss, in der man niemandem trauen kann, in der die anderen Rivalen sind? Oder in einer Umwelt, in der die eigene Sicherheit von Kooperation, Austausch und möglichst guten Beziehungen zu anderen abhängt? Dies alles löst unterschiedliche psychische und körperliche Erfahrungen aus, die von den Eltern an die Kinder weitergegeben werden – nicht bewusst, sondern durch die äußeren Bedingungen. Kinder, die in einem depressiven, gewalttätigen Elternhaus aufwachsen,

**ES GIBT KEINE
CHANGENGLEICHHEIT
IN UNGLEICHEN
GESELLSCHAFTEN.**

werden lernen, um das, was sie kriegen können, zu kämpfen. Ein Kind, das hingegen mehr Zuwendung von den Eltern erfährt und mehr Austausch hat, wird als Erwachsener empathischer und kooperativer sein. Es ist also so, dass Ungleichheit zuerst die Erfahrung der Eltern beeinflusst und dann an die Kinder weitergegeben wird. Sie müssen sich das wie eine psychische und körperliche Programmierung vorstellen.

Wenn das nach so einem simplen Muster abläuft, warum fiel es dann der Soziologie so schwer, zu erklären, wie Ungleichheit sich materialisiert und reproduziert?

Wenn man sich mit sozialen Klassen beschäftigt, dann meistens, weil man sich für soziale Gerechtigkeit engagiert. Außerdem gibt es gewisse Vorbehalte gegenüber allem, was biologisch oder evolutionär ist, die Soziobiologie gilt als politisch rechts. Alles, was wir mit Primaten oder anderen sozialen Tieren gemeinsam haben, ist scheinbar unveränderlich. Die Linke hat das Territorium der Rechten überlassen. Dabei ist ein umfassendes Verständnis der Mensch-Umwelt Beziehung von entscheidender Bedeutung für eine anspruchsvolle Erklärung dessen, was das menschliche Leben ausmacht. Tatsächlich beeinflusst unsere frühe Umgebung unsere Genetik und unsere Entwicklung. Soziobiologische Studien an Affen, die in hierarchischen Gruppen leben, haben gezeigt, dass sie ganz ähnliche Stressreaktionen zeigen wie Menschen. Die chemischen Prozesse und die chemischen Stoffe sind dieselben. Aber das heißt nicht, dass wir unsere Lebensweise und gesellschaftliche Organisation nicht ändern können. Anders als Affengruppen können Menschen sich entscheiden, wie sie leben wollen: in hierarchischen oder in nichthierarchischen Gruppen.

Würden auch die höheren Klassen von mehr Gleichheit profitieren?

Wir können über die wirklich Reichen, die etwa ein Prozent der Gesellschaft ausmachen, keine Aussage treffen, aber 95 Prozent der Gesellschaft würden von mehr Gleich-

heit profitieren: Sie würden wahrscheinlich länger leben, die Wahrscheinlichkeit, ein Opfer von Gewalt zu werden, wäre geringer, ihre Kinder könnten auf bessere Schulen gehen und würden mit geringerer Wahrscheinlichkeit drogenabhängig oder bereits als Teenager Mütter. Alle Gesellschaftsschichten wären in allen Bereichen viel besser dran, insbesondere die Zahl der psychischen Erkrankungen würde sich deutlich verringern – in allen Klassen.

Dann ist eine ungleiche Gesellschaft nicht in erster Linie eine ungerechte Gesellschaft, sondern eine nicht funktionierende Gesellschaft. Ist in diesem Sinn Gleichheit eine funktionale Frage, keine ethische Frage?

Die empirischen Belege kann man nicht von Fragen der Moral trennen – auch wenn sich unser Buch nur mit der empirischen Beweisführung beschäftigt. Wir zeigen, dass Ungleichheit doch ein bisschen unmoralischer ist, als die meisten vorher dachten. Ich denke, dass Politiker wie Blair dachten, Ungleichheit sei nicht weiter wichtig, weil sie Ungleichheit nur in materiellen Kategorien denken. In den 1930er Jahren, als die Leute unter fürchterlichen Bedingungen in überfüllten Häusern lebten, manche Kinder keine Schuhe hatten, war der soziale Zusammenhalt, das Vertrauen zueinander, stärker als heute, wo der Lebensstandard viel höher ist. Uns ging es bei unserer Studie um die psychosozialen Folgen der Ungleichheit, nicht nur um die materiellen Bedingungen. Ungleichheit beeinflusst das Denken und die sozialen Beziehungen, es hat starke moralische Implikationen.

Kann man die Probleme ungleicher Gesellschaften nicht durch Chancengleichheit lösen?

Es gibt keine Chancengleichheit in einer ungleichen Gesellschaft.

Woher kommen die unterschiedlichen Einkommen und damit die Ungleichheit?

Es gibt eine Vielzahl ökonomischer Kräfte, aber die Hauptursache für die Einkommensungleichheit ist die Politik. In den USA und Großbritannien wurde die Einkommensschiere mit Ronald Reagan und Margaret Thatcher größer. Sie senkten die Höchststeuersätze, schwächten die Gewerkschaften, privatisierten die wichtigsten Industrien. Standortkonkurrenz und Weltwirtschaft spielen natürlich auch eine Rolle. Die Einkommensunterschiede bilden den Rahmen für die Formen, in denen sich unser sozialer Status ausdrückt: Welches Auto man fährt, welche Bücher man

liest, in welcher Stadt man lebt – alles, was unsere soziale Identität ausmacht. Das Einkommen ist gewissermaßen der Rahmen für die soziale Position, die man einnimmt. In Russland zum Beispiel werden sich die Kinder der Oligarchen, die in großen Häusern aufwachsen, gute Schulen besuchen und in der Welt herumkommen, sehr bald anderen überlegen fühlen. Sie werden als rechtmäßige Mitglieder der herrschenden Klasse gesehen werden und dann wirklich zur Oberschicht gehören. Das war im 19. Jahrhundert ähnlich, zu einer Zeit, als die soziale Zugehörigkeit zu den höheren Klassen so sehr durch Familie, Herkunft und Abstammung bestimmt schien, dass man fast das Gefühl hatte, es sei biologisch. Entsprechend schaute der Adel zunächst auf die nouveaux riches herab und musste sie schließlich doch in ihrer Mitte akzeptieren. Heutzutage geht das noch viel schneller.

Sind Sie für Ihr Buch eigentlich auch kritisiert worden?

Nicht im akademischen Kontext. Angriffe kommen von der äußersten Rechten, die behauptet, dass wir die Daten erfunden haben. Die Daten stammen aber von der UNO, der WTO, der OECD, usw. Auch eine Vereinigung von Steuerzahlern hat uns angegriffen, weil sie meinten, wir treten für höhere Steuern ein. Das ist Unsinn. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen höheren Steuern und mehr Gleichheit. Manche der US-Bundesstaaten mit weniger Ungleichheit haben niedrige Steuern, manche haben höhere. Schweden und Japan, die beiden Staaten in unseren Untersuchungen, die die geringste Ungleichheit und auch die geringsten sozialen Probleme aufweisen, erreichen dies durch Umverteilung (Schweden) und durch eine größere Einkommensgleichheit vor Steuern.

Was soll man hinsichtlich der Ungleichheit also tun?

Es geht nicht nur um Steuern und Sozialhilfe, sondern vor allem um mehr Demokratie in der Wirtschaft. Es sollten mehr Arbeitnehmer in den Unternehmensvorständen vertreten sein. Man könnte Kooperativen, Gewerkschaften, Genossenschaften fördern, einfach alles, was die Wirtschaft demokratischer macht.

Was passiert, wenn man nichts gegen die Ungleichheit unternimmt?

Dann werden wir viele unserer Probleme, wie den Klimawandel, nicht lösen können. Eine gleiche Gesellschaft ist nachhaltiger und demokratischer.



ZUR PERSON

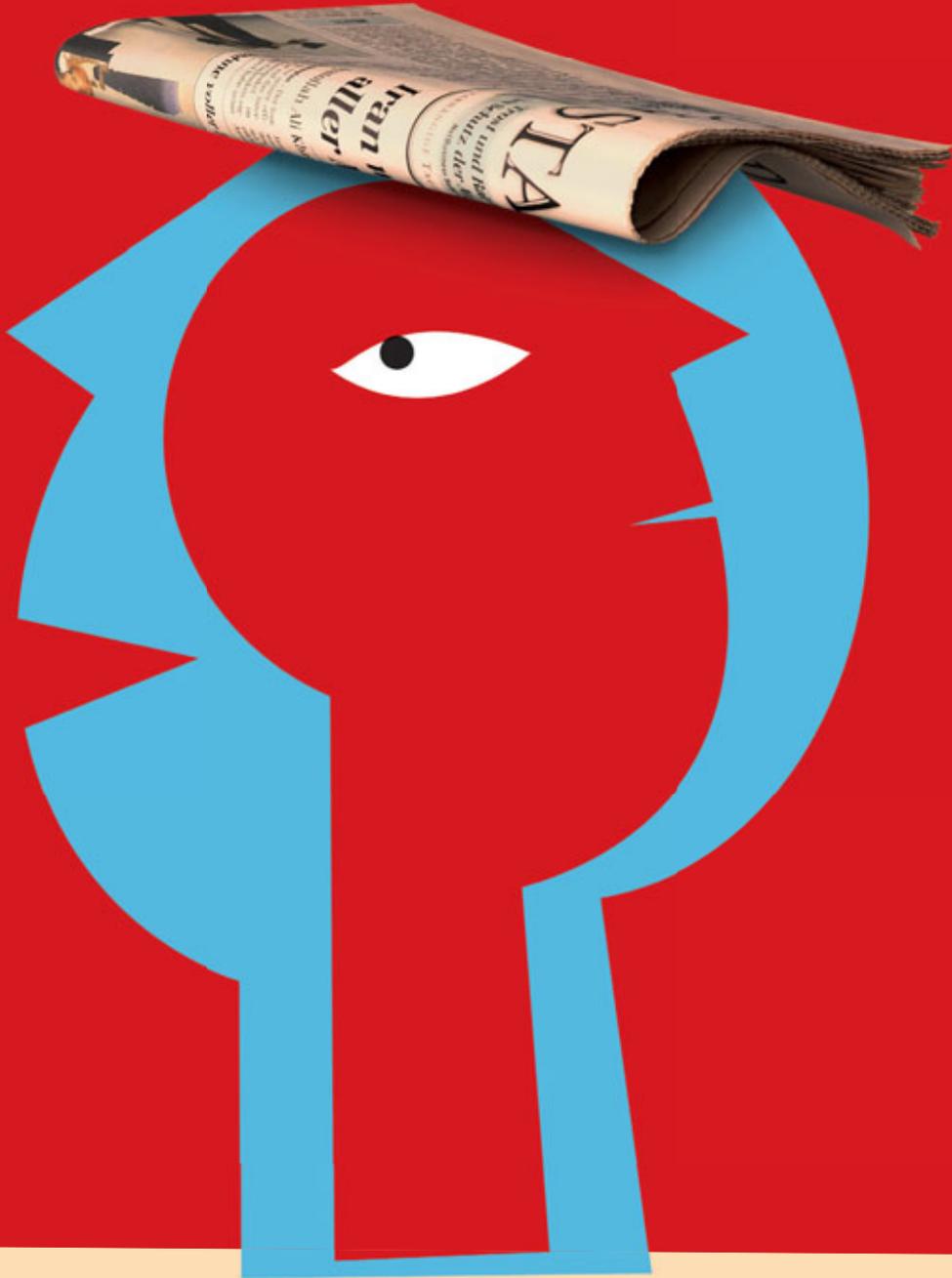
Richard Wilkinson

Richard Wilkinson ist Sozialepidemiologe und lehrte bis zu seiner Emeritierung 2008 an der University of Nottingham Medical School. 2009 veröffentlichte er gemeinsam mit Kate Pickett „The Spirit Level. Why more equal societies almost always do better“ (dt.: „Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind“, 2010) und gründete mit ihr den Equality Trust (www.equalitytrust.org). Wilkinson hat seine gesamte Forschungstätigkeit den sozialen Ursachen von Krankheit und Gesundheit gewidmet. Ein offener Brief an den damaligen Gesundheitsminister David Ennals in der Zeitschrift „New Society“ 1976, in dem Wilkinson darlegte, dass die Wahrscheinlichkeit, an Lungenkrebs, Herzerkrankungen, Lungenentzündung und Bronchitis zu sterben, im unteren Viertel der Bevölkerung um die Hälfte höher war als im oberen, führte zum 1980 veröffentlichten „Black Report“ über Ungleichheit und Gesundheit. Richard Wilkinson lehrt als Honorarprofessor am University College in London und lebt in Yorkshire.



Richard Wilkinson
Mary Pickett
Gleichheit ist Glück
Tolkenitt Verlag,
320 Seiten,
19,90 Euro

Meinung. Gegenmeinung.



Bei Themen, die entzweien, bringt DER STANDARD die Für und Wider, das Pro und Contra. Mit Kolumnen und Kommentaren, die auch eine andere Seite zeigen. Das ist Qualitätsjournalismus, wie er sein soll.



3 Wochen gratis lesen: derStandard.at/Abo oder 0810/20 30 40

Die Zeitung für Leserinnen

KUNSTRAUM NOE/MO#20

KUNSTRAUM

KUNSTRAUM NIEDEROESTERREICH

**MIT UNS IST KEIN
(NATIONAL)STAAT ZU MACHEN**

01. 10. 2010 – 11. 12. 2010

KÜNSTLERINNEN: OVIDIU ANTON, PETJA DIMITROVA, EVA ENGELBERT, MARINA GRŽINIĆ & AINA ŠMID, MARLENE HAUSEGGER, CAN GÜLCÜ, ANA HOFFNER,
ANNA JERMOLAewa, LENA LAPSCHINA, MICHAÏL MICHAÏLOV, TINA OBERLEITNER, LISL PONGER, HANSEL SATO, ROSWITHA WEINGRILL
KURATORINNEN: URSULA MARIA PROBST UND WALTER SEIDL



Can Gülcü und Petja Dimitrova, Mit uns ist kein (National)Staat zu machen, 2010, Intervention, Palais Niederoesterreich, Kunstraum Niederoesterreich, Foto: www.redtenbacher.net

Zur Ausstellung

Die Ausstellung „Mit uns ist kein (National)Staat zu machen“ im Kunstraum Niederoesterreich zeigt künstlerische Positionen zum Thema Migration. Sie erzählt Geschichten, wirft Fragen auf, fordert und klagt an.

Im Laufe eines Gesprächs mit der aus St. Petersburg stammenden und seit 1989 in Österreich lebenden Künstlerin Anna Jermolaewa entstand die Idee, künstlerische Reflexionen über die Lebensbedingungen von MigrantInnen, ihre Probleme und Chancen in jenem Bundesland zu zeigen, das das größte Asylzentrum Österreichs beherbergt. Die Künstlerin selbst verbrachte nach ihrer Einreise nach Österreich einige Tage im Asylzentrum Traiskirchen: Traiskirchen, der Transitort an der Schwelle zur Ungewissheit.

Kurz darauf stellten vier junge Künstlerinnen, die bei Anna Jermolaewa studiert hatten, ein interessantes Projekt vor: Sie erarbeiteten ein Konzept für ein Buch, das sowohl in emotionaler als auch in intellektuell-philosophischer Herangehensweise das Thema Migration speziell am Ort Traiskirchen diskutiert und mit den Mitteln der bildenden Kunst Raum schafft für „Ambivalenzen und Verwirrungen“. In Gesprächen mit AsylwerberInnen und BewohnerInnen der Stadt wurden soziale, ökonomische und politische Bedingungen aufgezeigt, unter denen Minderheiten und Mehrheiten zueinander in Beziehung stehen.

Die beiden KuratorInnen Ursula Maria Probst und Walter Seidl beziehen nun diese künstlerischen Arbeiten, die während der Recherchen für das Buchprojekt in Traiskirchen entstanden, in die Ausstellung im Kunstraum Niederoesterreich mit ein. Sie fokussieren die Thematik auf soziale und politische Ein- und Ausgrenzungsmechanismen. Mit der Auswahl weiterer Werke von KünstlerInnen mit Migrationshintergrund werden in analytischer, dokumentarischer und performativer Form gesellschaftliche Machtverhältnisse aufgezeigt und strukturelle Rahmenbedingungen der Migration in Österreich verhandelt. Die künstlerischen Positionen lenken die Aufmerksamkeit auf migrationspolitische Restriktionen, die durch mediale Taktiken legitimiert erscheinen und auf die permanente Destabilisierung durch Änderungen der Gesetzeslage hinweisen. Möglichkeiten der Selbstorganisation und die Darstellung gesellschaftlicher Veränderungen durch Migration werfen einen kosmopolitischen Blick in die Zukunft.

Der zu jeder Ausstellung des Kunstraum Niederoesterreich produzierte Katalog ist diesmal Teil der Zeitschrift „MO“. Für die gute Zusammenarbeit danken wir der Herausgeberin SOS Mitmensch und allen MitarbeiterInnen.

Christiane Krejs
Direktorin Kunstraum Niederoesterreich

„Naked Freedom“*

Die an der Ausstellung „Mit uns ist kein (National)Staat zu machen“ beteiligten KünstlerInnen gehen von Möglichkeiten realpolitischer Interventionen gegen Diskriminierung und dokumentarischen Momenten migrantischen Verhaltens und Lebensbedingungen aus.

TEXT: URSULA MARIA PROBST UND WALTER SEIDL

Die Frage nach der Sichtbarkeit visueller Formen des täglichen Lebens verbindet Fragen der Diversität und der persönlichen Genealogie mit der Zuschreibung nationaler Identität. Durch Krisenherde in allen Teilen der Welt werden unterschiedliche Modelle der Migration und der damit einhergehenden Verschiebung nationaler Identitäten ein Thema, das alle Staaten durchdringt und Fragen nach einer nationalen Homogenität aufbricht. Die Debatte um eine ethnisch bedingte Staatsbürgerschaft wird zunehmend obsolet, jedoch stellen sich unterschiedliche Machtdispositive ein, die an juristische Bedingungen gebunden sind, die sich kontinuierlich ändern und einem gesteigerten politischen Rechtsdruck unterliegen. Welche Möglichkeiten bieten sich für Nicht-EU-StaatsbürgerInnen in einem historisch begründeten, multiethnisch bedingten Lebensraum wie Österreich, dessen aktuelle politische Lage durch unterschiedliche Ein- und Ausgrenzungsmechanismen Aufenthaltsmöglichkeiten vieler in diesem geografischen Raum lebender Personen immer wieder erneut auf den Prüfstand stellt? Gesetzesnovellen verändern ständig die Bedingungen hinsichtlich Aufenthaltsstatus und Lebensrecht europäischer und nicht-europäischer BewohnerInnen.

Begriffe wie Multikulturalität, Inter- und Transkulturalität zählen heute zum geläufigen Kulturvokabular; es gilt sie nicht nur in ihrem gesellschaftlich-historischen Kon-

text zu betrachten, sondern auch auf ihre realpolitischen Konsequenzen hin zu überprüfen. An Studien- und Forschungsprojekten dafür mangelt es nicht. Doch die Migrationsforschung befindet sich heute teils in einer zwiespältigen Situation, in der Studien entgegen ihren engagierten und emanzipatorischen Absichten realpolitisch für Restriktionen herangezogen und missbraucht werden oder die Forschenden Gefahr laufen, in die Rolle von Managementbeauftragten für publicityträchtige oder machtreulierende „Integrationsfragen“ zu rutschen. Die Thematisierung von Inter- und Multikulturalität läuft speziell im Mainstream einer „Gefühlsdemokratie“, die von Medienpolitiken hochgeschaukelt wird, schnell Gefahr, in einen perfiden Kulturalismus zu münden. Gegenüber den in der Forschung postulierten kulturellen Wenden, wie dem Cultural, Translational und Participatory Turn, sehen wir uns realpolitisch mit einem Backflash konfrontiert. Die Artikulierung einer Wende bleibt auf realpolitischer Ebene bis dato wirkungslos und das Reservoir möglicher Inputs wird lediglich für rhetorische Manöver genützt. Wie können unterschiedliche Diskurse und ihre Brauchbarkeit in Hinblick auf eine immer wieder aufs Neue justierende Realpolitik artikuliert werden?

Eine künstlerische Annäherung an dieses Thema unternehmen die ProtagonistInnen der Ausstellung „Mit uns ist kein (National)Staat zu machen“. Sie gehen von Möglich-

keiten realpolitischer Interventionen und dokumentarischen Momenten migrantischen Verhaltens aus und verweisen in unterschiedlichen Medien auf öffentliche und private Geschichten migrantischer Lebensbedingungen. Die teilnehmenden KünstlerInnen leben in Wien und Niederösterreich, haben zum Teil selbst migrantischen Hintergrund oder setzen sich in ihren Arbeiten intensiv mit der Situation migrantischen Lebens in ihrer Umgebung auseinander. Dies zeigt auch der Titel der Ausstellung der KünstlerInnen Petja Dimitrova und Can Gülcü, der als eigenständige Arbeit zusätzlich den Untertitel „Schluss mit Ausschluss, Ausbeutung und der rassistisch organisierten Ordnung! Hayde! eurer TschüschInnenschaft“ trägt. Beide KünstlerInnen sind Mitglieder der AG Migration und Antirassismus, die an die zehn Leute umfasst und sich mit migrantischer Geschichtsschreibung und der Dekolonialisierung von Bildung auseinandersetzt. Den klassischen Modellen der Integration wird hier entgegengearbeitet, da es sich in den meisten Fällen migrantischen Lebens nicht unbedingt um ein vom jeweiligen Staat gewolltes Integrationsbestreben handelt, sondern um die Erprobung gegenhegemonialer Möglichkeiten der Wissensproduktion. Dies führt wiederum zur Selbstorganisation und der Bildung entsprechender Gruppierungen, um dadurch die eigenen Machtpotenziale zu vergrößern. Die hier forcierte Entgegenwirkung nationalstaatlicher Bestimmungen setzt

sich für Ljubomir Bratić aufgrund von folgenden Kriterien zusammen: „Ausschluss von Wahlrechten und Einschränkungen für Möglichkeiten politischer Partizipation; abgestufter Ausschluss vom Arbeitsmarkt (Beschäftigungsbewilligung, Arbeitserlaubnis, Befreiungsschein) und von der Niederlassung (Möglichkeiten zur Illegalisierung und Abschiebung), Schlechterstellen im Sozialrecht und vielen anderen Rechtsbereichen; Diskriminierung bei der Vergabe von geförderten Wohnungen; Gettoisierung, Segregation und Konzentration der MigrantInnen in bestimmten Bereichen; mangelnde Aufstiegs- und Ausbildungschancen.“¹

Für die Tätigkeit migrantischer KünstlerInnen ergibt sich neben der aufenthaltsrechtlichen Marginalisierung zusätzlich jene des KünstlerInnendaseins, das zu einer Radikalisierung herkömmlicher Arbeits- und Lebensverhältnisse führt. Die Sichtbarkeit dieser Tätigkeit versucht die aktuelle Ausstellung zu verdeutlichen, indem sie eine Konzentrierung wesentlicher Fragestellungen migrantischen Lebens in und um Wien sowie auch auf einer internationalen Ebene erzeugt. MigrantInnen schaffen es mittlerweile, in vielen Bereichen – etwa gewerkschaftstechnisch oder auch wirtschaftspolitisch – Fuß zu fassen, jedoch fehlt ihnen in vielen Fällen das Mitstimmrecht bzw. die Aufstiegsmöglichkeit in machtpolitische Ebenen. Ähnlich verhält es sich mit dem Wahlrecht, das trotz überwiegender Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben einem Großteil der MigrantInnen verwehrt bleibt. Deshalb bildet die Selbstorganisation einen umso wichtigeren Schwerpunkt zur Erreichung einer größeren Visibilität, die in Zusammenarbeit mit NGOs und Pressure Groups wie SOS Mitmensch eine mächtige Gegenstimme zu den von der Regierung erlassenen Gesetzen bildet. Antirassismus stellt heute einen integralen Bestandteil emanzipatorischer Kulturarbeit dar, die gleichzeitig an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen mitgestalten will und damit nicht bloß moralisch oder metaphorisch agiert, sondern einen politischen Antirassismus zur Herstellung gleicher Bedingungen einfordert.

Als historische Grundlage der Ausstellung

dient die Auseinandersetzung mit dem Flüchtlingslager Traiskirchen 20 km von Wien, das als Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge gilt und in einigen der Arbeiten kritisch beleuchtet wird. Nach außen hin werden die dort aufgenommenen Flüchtlinge aufgrund der weit verbreiteten Rassismen oftmals als gefährliche Personen eingestuft; andererseits ist der Aufenthalt für viele der dort lebenden Personen auf engstem Raum keinen unproblematischen Verhältnissen unterworfen, da Persönlichkeitsrechte de facto negiert werden. Wie sich persönliche Geschichten rund um die Debatte von Flucht und Eingliederung in das tägliche Leben generieren, wird in einigen der in der Ausstellung gezeigten Arbeiten explizit verhandelt.

„Die MigrantInnen“ sind in unserer globalisierten Welt der Gegenwart keine kulturelle Einheit. Insofern vermeidet die Ausstellung es, Authentizitätsansprüche zu formulieren. Einbezogen werden von Betroffenen und Beteiligten entwickelte Strategien der Partizipation und Selbstermächtigung. Virulent ist eine Kunstpraxis, die das herrschende demokratische Verständnis ebenso hinterfragt wie den Ruf nach Gleichheit und Gerechtigkeit. Wie können Asyl-, Werte- und Sozialdebatten in der Kunstpraxis artikuliert werden? Mit welchem Verständnis- und Berührungängsten sehen wir uns dabei konfrontiert? Welche künstlerischen Methoden sind vorstellbar und anwendbar, um dem Rechtsruck in der Asylpolitik entgegenzuwirken? Der geopolitische Begriff des „Territorium“ gewinnt in diesem Kontext ebenso an Relevanz wie die Aufteilung von Macht durch Gesetze, Instanzen und Ordnungsstrukturen sowie deren Anfälligkeit für inhumane Politiken. Moderne Nationalstaaten sind Territorien, deren Souveränität heute durch andauernde Prozesse der Globalisierung prekär geworden ist.

Dass die aus unterschiedlichen, vorwiegend osteuropäischen, Ländern stammenden KünstlerInnen und Betroffenen keine einheitliche nationale Forderung hinsichtlich einer rechtlich gesehenen, umfassenden Integration stellen wollen, ironisiert der Titel der Ausstellung. Das Verschwinden der Nationalstaatlichkeit ist auch für Stuart Hall²

ein Kriterium europäischer Identität, die zunehmend von supranationalen Bestrebungen gekennzeichnet ist. Dadurch entstehen innerhalb Europas neue Bedingungen, die einen Fortschritt von tradierten Gesellschaftsformen ermöglichen.

Als Randnotiz der konstanten Ankunfts- und Abfahrtszenarien vieler MigrantInnen, die gleichsam Fredric Jamesons Konzept des postindustriellen Subjekts folgen, könnte ein gemeinsamer visueller Marker, der auf Bus- und Zugbahnhöfen bei vielen Reisenden zu finden ist, gesehen werden: jene ubiquitär gewordene rot-weiß-blau karierte Polypropylen-Tasche, die je nach kulturellem Kontext und Herstellungsland als Türkentasche, Asiatasche, Laundry Bag, Checkered Bag oder Chinese Bag gehandelt wird. Oftmals als signifikant für globale Migrationströme erkennbar, wird ein Ausschnitt dieses Designs als einzig übergreifendes mediales Kennzeichen für die Ausstellung verwendet. Die unterschiedlichen künstlerischen Beiträge können daher nur als individuelle Beiträge zu einem Phänomen verstanden werden, das sich keinen Tautologien unterziehen lässt. Die Schicksale und Forderungen der einzelnen KünstlerInnen zeigen deutlich, wie rechtsstaatliche Normen auf einen Lebensraum einschränkend gelten, der seit der Monarchie eine Synchronizität ethnischer und linguistischer Diversität als Realität ansehen muss. Bestrebungen nach Gesetzesänderungen bzw. -verbesserungen zugunsten unterschiedlicher in Österreich lebender Gruppierungen gelten daher als Grundvoraussetzung künstlerischer Arbeit zum Thema Migration. Die Ausstellung versteht sich somit auch als Medium, um in den aktuellen Migrationsdiskurs zu intervenieren.

*Titel zitiert Werktitel einer Videoinstallation von Marina Gržinić & Aina Šmid

¹ Ljubomir Bratić, „Die Frage der Selbstorganisation“. In: Gastarbatjeri. 40 Jahre Arbeitsmigration. Hg. Hakan Gürses, Cornelia Kogoj, Silvia Matzl. Wien: Mandelbaum Verlag 2004, S. 63.

² Stuart Hall, „Europe's other Self“. In: Projekt Migration. Hg. Kölnischer Kunstverein et al. Köln: Dumont 2005, S. 182.



Ovidiu Anton, Zeit totschiagen und Umgebung beobachten, 2010, Multimediale Installation

Ovidiu Anton

Die Arbeit „Zeit totschiagen und Umgebung beobachten“ setzt sich aus drei Teilen zusammen: eine Video- und zwei Dia-Projektionen mit jeweils einem Audiointerview. Inhaltlich geht es um die Erinnerung bestimmter Orte während der Flucht meines Vaters von Rumänien nach Österreich im Jahre 1990. Er erzählt über den illegalen Grenzübergang von Ungarn nach Österreich und darüber, wie er in der Wartehalle des Wiener Westbahnhofs ca. zwei Wochen lang gelebt hat. Anschließend schildert er die Situation im Flüchtlingslager Traiskirchen, wo er ebenfalls etwa zwei Wochen lang untergekommen ist. Diese drei Orte habe ich nach zwanzig Jahren noch einmal mit ihm besucht und vor Ort Interviews über seine damaligen Erlebnisse, Eindrücke und Erfahrungen gemacht. Begleitend zu den Interviews habe ich Bildmaterial gesammelt, das installativ mit dem Audiomaterial gezeigt wird.

Geboren 1982 in Timișoara (Rumänien). 2008/2009 Studium an der École Supérieure des Beaux-Arts de Marseille. 2004–2010 Studium an der Akademie der bildenden Künste Wien, Klasse für performative Kunst und Bildhauerei, Monica Bonvicini



Petja Dimitrova, selam abi and sistas, bildet COMMUNITIES OF RESISTANCE!, 2010, Installation

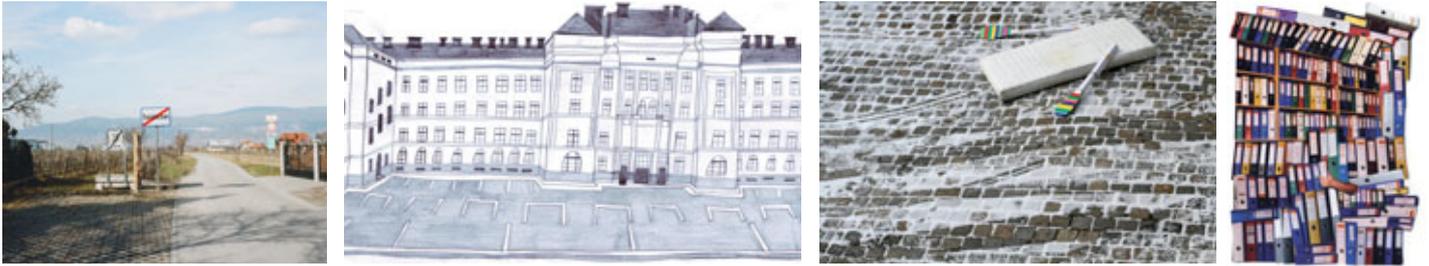
Petja Dimitrova

Das Projekt von Petja Dimitrova greift aktuelle Politiken von Exklusion, struktureller Gewalt und Disziplinierung gegenüber MigrantInnen in einem postliberalen Österreich bzw. in der EU auf. Die Arbeit kritisiert die Formierung von Staatlichkeit, bei der (Neo-)Rassismus als Machtverhältnis zwischen postnationalen Minoritäten und nationaler Mehrheit innerhalb der Grenzen einer „liberalen“ Demokratie Europas eingesetzt wird. Welche antirassistischen Strategien entwickeln migrantische und postmigrantische Personen innerhalb staatlich institutionalisierter Möglichkeiten, die (Niederlassungs-, Arbeits-, Bildungs- und BürgerInnen-) Rechte nur mehr limitiert und prekär enthalten? Welche historischen und aktuellen Kämpfe verwenden sie gegen das Erziehungsprojekt des (National-)Staates – Integration als normative Disziplinierung bis hin zu Gewalt?

Petja Dimitrovas Projekt bezieht sich auf den Ausstellungstitel „Mit uns ist kein (National) Staat* zu machen. *Schluss mit Ausschluss, Ausbeutung und der rassistisch organisierten Ordnung! Hayde! eurer TschüschInnenschaft“, der einem Gemeinschaftsprojekt von Gülcü/ Dimitrova entnommen wurde, und wird in Form von Illustrationen weitere „Fußnoten“ zu diesen Fragen im Raum platzieren und sie analysieren.

www.iodo.at/kulturstudie090606.pdf

www.igbildendekunst.at/bildpunkt/2010/regimestoerungen.htm



Eva Engelbert, Traiskirchen Ende, 2010, Fotografie; Tina Oberleitner, Hotel Hilton, 2010, Collage; Marlene Hausegger, Fly, 2010, Collage; Roswitha Weingrill, Ordner sind das halbe Leben, 2009, Collage

Eva Engelbert/Marlene Hausegger/ Tina Oberleitner/Roswitha Weingrill

Die Künstlerinnen haben sich dem Transitort „Traiskirchen“ in einer Publikation umfassend durch Interviews, Essays, Zeichnungen, Fotografien genähert und in der Ausstellung „Mit uns ist kein (National)Staat zu machen“ durch eine darauf basierende Installation. In Kooperation mit der Stadtbibliothek Traiskirchen soll eine integrative Bibliothek in der Betreuungsstelle entstehen, in der freier Zugang zu Büchern und audiovisuellen Medien für AsylwerberInnen geschaffen wird. 10 Prozent von jedem verkauften Buch „Traiskirchen“ fließen in dieses Projekt.

„Immer sichtbar. Von allen Seiten ist ‚Traiskirchen‘ sichtbar und gerät erst bei der Einfahrt in den Ort Traiskirchen aus dem Blickfeld. Wie dieses ‚Traiskirchen‘ als Flüchtlingslager, als Lager funktioniert. Wie ein Flüchtling durch die Gesetzgebung zum Asylbewerber oder zur Asylbewerberin verdreht nur essen darf, was auf den Tisch kommt und kein Essen auf das Zimmer mitnehmen darf. Wie das Regime im Lager abläuft und wer daran verdient. Wie das Verschwinden des Gebäudes aus dem Blickfeld in Traiskirchen zugleich die Einwanderung des Flüchtlingslagers in das Leben des Ortes Traiskirchen bedeutet. Wie die Effizienzwirtschaft das Lager vom Ort endgültig abtrennt und was das Lager im Leben der TraiskirchnerInnen bedeutet. Dass ein betretenes Schweigen das Lager umfängt oder herumgeredet wird, als handle es sich um etwas verbotenes Schmutziges. Als würde über etwas peinlich Körperliches gesprochen; und es wird ja auch gleich Zensur ausgeübt, nachdem dann doch gesprochen wurde. Und wie immer geht es darum, dass alles, was Traiskirchen bedeutet, gelebt werden muss. Von den Flüchtlingen, die mittlerweile AsylbewerberInnen heißen und sich nicht aus dem Bezirk Baden hinausbewegen dürfen. Mittelalterliche Bannung folgt auf die mittelalterliche Ausschließung durch die Zurichtung in einem Lagerleben, das wenig zivilisierte Aspekte an den BewohnerInnen verstärken wird. Was es bedeutet, wenn das Leben in Traiskirchen im Lager vergeht. Das haben Eva Engelbert, Marlene Hausegger, Tina Oberleitner und Roswitha Weingrill in ihrem Buch ‚Traiskirchen‘ eingefangen. Sie haben die Erforschung der Umstände, Gefühle und Wirklichkeiten in diesem Buch niedergelegt. Ein Panorama ergibt sich da, in dem alle rechtens handeln, aber für niemanden und auf keiner Seite ein Zustand von Sicherheit als Voraussetzung für Glück entstehen kann. Es ist die künstlerische Arbeit als Basis dieses Forschungsvorhabens, die es möglich macht, dieses Fehlen der Möglichkeit von Glück zu beschreiben. Staubig und trist. Das ist das Ergebnis für alle. Am Ende geht es vor allem für Traiskirchen staubig und trist aus. Das Konzept des Lagers sickert immer in die Umgebungen ein, weist dieses Buch nach. Und dass wir alle zur Umgebung gehören. Und dass wir daraus Schlüsse ziehen und etwas tun müssen. Gegen den Staub und die Tristesse. Und sei es nur eine kleine Bibliothek, in der die Flüchtlinge sich wenigstens lesend beschäftigen können und nicht in ihren Zimmern sitzend, sich nicht einmal ihre gewohnte Nahrung verschaffend, der Zeit zusehen müssen und wie ihr Leben vergeht.“ (Marlene Streuerwitz)

Traiskirchen, Eva Engelbert, Marlene Hausegger, Tina Oberleitner und Roswitha Weingrill. Mit einem Vorwort von Marlene Streuerwitz und Beiträgen von Andreas Babler, Karin Blum, Brigitte Hundegger, Anna Jermolaewa, Barbara Kurz und Manucher Zubin Raschidy, Metroverlag, 2010, ISBN 978-3-99300-015-8

Eva Engelbert, www.evaengelbert.com; Marlene Hausegger, www.mmhhh.com
Tina Oberleitner, www.tinaoberleitner.com; Roswitha Weingrill, <http://roswithaweingrill.com>



Marina Gržinić & Aina Šmid, Naked Freedom, 2010, Multimediale Installation. Videostill

Marina Gržinić & Aina Šmid

„Naked Freedom“ reflektiert die Möglichkeiten sozialen Wandels unter den Bedingungen des Kapitalismus und seiner finanziellen Prozesse, die Kunst, Gesellschaft, Politik und kritische Diskurse durchdringen. Der kollektive Prozess, in dem das Video „Naked Freedom“ entstand, bezieht sich auf ein Reenactment von sozialen, politischen und performativen Praktiken. Es handelt sich um eine kollektive Performance für den Screen, die vom Leben der Performenden jenseits des Bildschirms handelt.

Die Arbeit verbindet Ljubljana, Belgrad und Durham/USA und repräsentiert einen konzeptuellen politischen Raum der Interaktion, der zum Nachdenken über lokale Communities und deren Zeitgenossenschaft anregt bzw. darüber, welche Ausschlusskriterien vorherrschen und welcher Preis dafür zu zahlen ist. Das Video setzt sich mit der Situation von EU- und Nicht-EU-BürgerInnen in Europa auseinander sowie im letzten Teil auch mit der Situation von afrikanischen EinwanderInnen. Dadurch werden vergessene hegemoniale Strukturen sichtbar, die weiterhin imperialistische Züge zeigen.

www.grzinic-smid.si

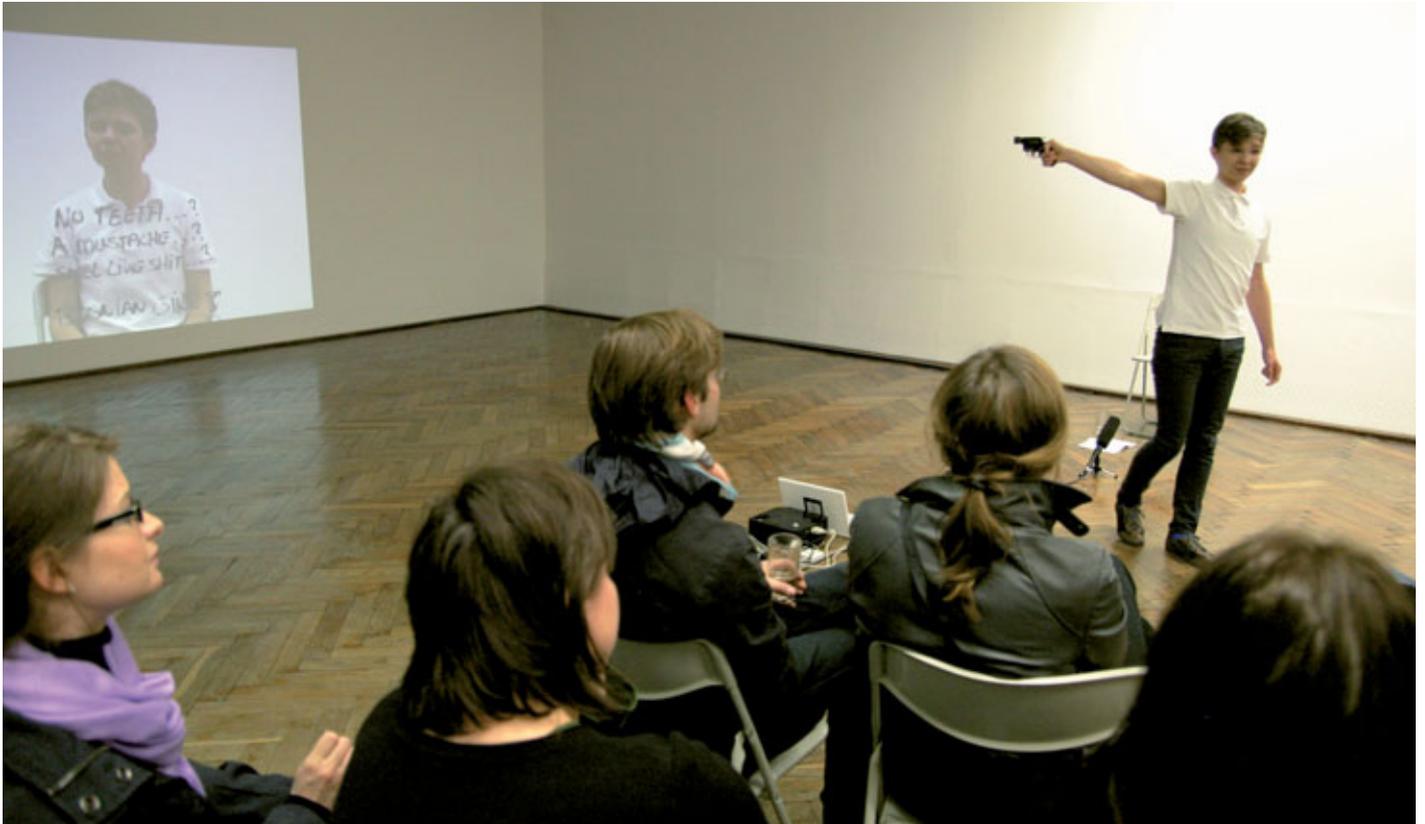


Can Gülcü, Handapparat Migration – Kritische Genealogien der Migration in Österreich. migration.macht.wissen, Installation, 2010, Foto: Thomas Freiler

Can Gülcü

Die Arbeit „Handapparat Migration“ besteht aus Texten, Medienberichten, Studien, Flugblättern sowie Korrespondenzen, die einerseits Geschichten von MigrantInnen und ihrer von Rassismus, Diskriminierung und Ausbeutung geprägten Gegenwart in Österreich erfassen, andererseits ihren Widerstand sowie Strategien der Mobilisierung und Emanzipation gegen die bestehenden Machtstrukturen aufzeigen. Dabei soll der „Handapparat Migration“ nicht als Ausstellungsobjekt verstanden, sondern operationalisiert und verwendet, kritisch hinterfragt und erweitert werden. Darüber hinaus funktioniert er nicht nur als Wissensansammlung, sondern dient auch als Basis für künstlerische Auseinandersetzungen mit der Thematik, die zu Entwicklung kritischer Genealogien der Migration in Österreich führen sollen. Somit wird mit dem Projekt die Frage aufgeworfen, wie durch künstlerische Strategien verborgene Geschichten verfügbar gemacht und mit Geschichten der Ausschlüsse durch ökonomische, politische und ideologische Institutionen der Macht kontextualisiert werden können.

www.kraja.org



Ana Hoffner, I'am too sad to tell you, Bosnian Girl!, 2010, Videoperformance, Videostill

Ana Hoffner

Die Videoperformance „I'm too sad to tell you, Bosnian Girl!“ untersucht die Praxis der Selbstreflexion, die verbunden mit der Praxis der Selbstinszenierung eine Bedingung der gegenwärtigen Subjektkonstituierung darstellt. Der Raum der Selbstreflexion wird betrachtet als ein Raum, der sich binären Aufteilungen entzieht, der eine Grenzziehung zwischen Subjekt und Objekt verweigert und Positionen des Regisseurs und Darstellers zusammenfallen lässt. Die Zeit der Selbstreflexion wird aufgefasst als eine Zeit der ewigen Gegenwart, die eine obsessive Wiederholung derselben performativen Akte vorsieht, in denen das Subjekt in eine Ekstase, in einen Exzess der Präsenz verfallen kann. Das dadurch aufgespannte Konzept von Raum und Zeit folgt einem Modell von Zivilisation, das Sicherheit und Kontrolle unter gleichberechtigten BürgerInnen herstellen soll, aber gleichzeitig die Herstellung von Grausamkeit und Gewalt fördert. Die Voraussetzung der erfolgreichen Selbstinszenierung ist ihr Scheitern an dem Punkt, an dem jedes Menschsein definiert wird.

<http://anahoffner.wordpress.com/bio/>



Anna Jermolaewa, Aleksandra Wysokinska / 20 Jahre danach, 2009, Video, HD, 41 min. Videostill

Anna Jermolaewa

Im Mai 1989 lernte ich eine Person in Krakau kennen, die mir sehr geholfen hat und der ich unendlich dankbar bin. Ich musste damals aus politischen Gründen (ich war Mitbegründerin der ersten oppositionellen Partei „Demokratische Union“ und Mitherausgeberin der Parteizeitung) aus der UdSSR flüchten und gelangte so nach Polen. Eine junge Frau hat mich und meinen damaligen Partner eine Woche lang bei sich aufgenommen und die Flucht nach Wien, auf der sie uns sogar begleitet hat, organisiert und finanziert. In Österreich bekamen wir dann politisches Asyl. Der Name der jungen Frau war Aleksandra Wysokinska, sie war damals um die 30 Jahre alt und arbeitete in einem Architekturbüro. 2009 habe ich angefangen, Aleksandra über verschiedenste Kanäle zu suchen. Nach zwei Monaten Recherche bekam ich glücklicherweise ihre Telefonnummer – sie lebt nun in Paris! Aleksandra hat einem Treffen vor der Kamera zugestimmt, das dann im Mai 2009 stattfand. Sie ist dafür extra aus Paris nach Krakau gekommen. Ich kam ebenfalls, – und zwar wie damals vor 20 Jahren – mit dem Zug von St. Petersburg nach Krakau.

www.jermolaewa.com



Lena Lapschina, C-level, Mila & Phil, 2010, Multimediale Installation

Lena Lapschina

Das Projekt „C-level“ beschäftigt sich mit der typischen sozialbezogenen Wahrnehmung von unbekanntem Personen im öffentlichen Raum und den in diesem Kontext zirkulierenden Meinungs- und Vorurteilsbildungen. Der Titel „C-level“ bezieht sich auf einen Terminus aus der Wirtschaft, der dazu dient, höchste ManagerInnen eines Betriebes oder Unternehmens wie CEO, CFO, COO oder CIO zu beschreiben. Lena Lapschina setzt diese Begriffsverwendung in Relation zur Situation von Asylsuchenden und prekären Verhältnissen, die uns alle betreffen. Lena Lapschina greift fünf Personen heraus und präsentiert sie im Rahmen ihrer realpolitisch intendierten Intervention.

„In ‚C-Level‘ zeigt Lena Lapschina großformatige Fotoporträts und kurze Videosequenzen. Alle fünf Berufstypen auf ‚Chief-Level‘ präsentieren sich nicht, wie in einem Vorstellungsgespräch üblich, von ihrer besten Seite, sondern verkörpern die Gegensätzlichkeiten einer Identität: Freiberufler und Arbeitsloser, Werber und Asylbewerber, Ausländer als Putzkraft und als superreicher Tourist, Sponsoringprofi und Bettler wie auch ein Weinkenner zwischen Genuss und Rausch. Das eine bleibt ohne das andere nicht vorstellbar.“ (Paolo Bianchi)

<http://bit.ly/9Y4Yzp>



Michail Michailov, Heimat II, Vesselina, 2010, Buntstift auf Karton

Michail Michailov

In Michail Michailovs letzter Arbeit „Heimat“ inszeniert er sich und seine Umwelt (karto-)graphisch in seinen Heimaten. Er thematisiert die Begriffe Heimat, Migration und Integration sowie die damit verbundenen Identifikationen, Ängste und Unsicherheiten. Durch die Verwendung von Tiersymboliken werden auf subtile Art Verhaltensweisen wie Zugehörigkeit/Fremdheit/Ausgrenzung, Tarnung/Anpassung und Täter-/Opferrollen sichtbar gemacht. Die einzelnen (Tier-)Individuen werden wie in einer Collage dicht zusammengesetzt. Sie stehen nicht nur für sich, sondern bilden eine ineinander verflochtene Masse. Zeichnerisch verschmelzen Parallelwelten zu einer Einheit in vorgegebenen Strukturen und Grenzen. Die Performance „Ihr wollt mich ja haben, aber ...“ wird die Erwartungshaltung gegenüber MigrantInnen ebenso wie die gesellschaftliche Abhängigkeit davon thematisieren.

www.michailmichailov.com



Lisl Ponger, Gleiche Rechte für Alle, 2008, C-print, Triptychon

Lisl Ponger

„Politische Verhältnisse und Zeitgenossenschaft, die Dekonstruktion von Whiteness, des Post- und Neokolonialismus und die Aneignung von Artefakten fremder Kulturen auch durch Kunstschaffende der beginnenden Moderne sind originäre Themen der künstlerischen Arbeiten von Lisl Ponger. Die Fotografien des Triptychons ‚Gleiche Rechte für Alle‘ zeigen Szenen, die an die Zeit absolutistischer Herrschaft und die Ideale der Französischen Revolution erinnern. Als zerstörerischer Akt und erneuerte Forderung wurde ‚Gleiche Rechte für Alle‘ über die Fotos gesprüht. Die Konstruktion der Bildinhalte und die Semantik des Materials – Sprays dient vor allem Vertretern und Vertreterinnen von Randgruppen und/oder sozial und politisch dominierten Teilen der Gesellschaft als Artikulationsmedium – verweist auf die Tatsache, dass unsere Rechte und Freiheiten immer wieder eingefordert und, wenn notwendig, erkämpft werden müssen. Verallgemeinernd lässt sich auch sagen, dass dieser Prozess nicht zu einem Attribut eines historischen Ereignisses werden kann, sondern zum Bewegungsgesetz der Geschichte geworden ist, die wir immer in und aus unserer konkreten Gegenwart gestalten müssen.“ (Kurt Klädler)

www.charimgalerie.at/kuenstler_lisl_ponger.htm

ÖFFNUNGSZEITEN: DI – FR 11.00 – 19.00 SA 11.00 – 15.00
KUNSTRAUM NOE, HERRENGASSE 13, A-1014 WIEN
WWW.KUNSTRAUM.NET

Impressum „Mit uns ist kein (National)Staat zu machen“

Ausstellung:

Konzept: Ursula Maria Probst und Walter Seidl

Produktion: Verena Kaspar-Eisert

Fördergeber: Kultur Niederösterreich, BMUKK

Sponsoren: Niederösterreichische Versicherung,

Vienna International Airport, Raiffeisen Bank, A1,

Hypo Landesbank, Kunst im öffentlichen Raum Niederösterreich

Katalog:

Herausgeberin: Christiane Krejs

Medieninhaber: Niederösterreichische MuseumbetriebsgesmbH

Redaktion: Ursula Maria Probst und Walter Seidl

Lektorat: Else Rieger

Grafik: Mitko Javritchev

Fotos: KünstlerInnen, wenn nicht anders angeführt

© für die Texte bei den AutorInnen, wenn nicht anders angeführt bei den KünstlerInnen

© für die Abbildungen bei den KünstlerInnen

© 2010 für den Katalog bei der NÖ MuseumbetriebsgesmbH, Kunstraum Niederösterreich



In Rom, Paris, Belgrad, im slowakischen Plavecktvrtok oder rumänischen Miercurea Ciuc (Bild) droht Roma-Familien die Vertreibung. Foto: ©Zsuzsanna Ardó

DUBLIN 2

Problemfall Griechenland

Brüssel möchte „Asyl-Shopping“ (<http://europa.eu>) verhindern. Deshalb werden asylsuchende Menschen gemäß der Dublin-II-Verordnung quer durch Europa transportiert. Dass Griechenland, wo viele der Menschen ankommen, nicht erst seit seiner Finanzkrise die Versorgung von Flüchtlingen kaum noch gewährleisten kann, kratzt Brüssel aber nicht. Tausende obdachlose Flüchtlinge auf Athens Straßen, andere monatelang in geschlossenen Lagern, Übergriffe durch Behörden, unrecht-

mäßige Rückschiebungen in die Türkei, eine Anerkennungsquote von einem Prozent. Obwohl Athen das Problem erkannt hat und Reformen verspricht, hat sich die Lage nicht verbessert. Das UN-Flüchtlingshochkommissariat hat den EU-Staaten bereits vor zwei Jahren empfohlen, keine Flüchtlinge mehr nach Griechenland zu transportieren. Auch NGOs aus ganz Europa weisen seit Jahren auf die Zustände im Mittelmeerraum hin. In Deutschland stoppt das Bundesverfassungs-

gericht immer wieder Abschiebungen aus diesen Gründen. Irland hat die Abschiebungen dorthin überhaupt auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Die irische Regierung hat indes auch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte angerufen; dieser prüft, ob Griechenland europäisches Recht verletzt. Und Wien? Transportiert von Schwedat aus Menschen weiterhin in den Problemstaat. Noch ist es nicht verboten. *gun*

Neue Richtlinien Für WanderarbeiterInnen

Der Vorschlag der Europäischen Kommission sieht vor allem eine EU-weite Harmonisierung der Regelungen für SaisonarbeiterInnen aus Drittstaaten vor. Das beinhaltet auch den Anspruch auf Sozialleistungen, wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe und Pensionszahlungen.

Wasser fortan ein Menschenrecht

Die UNO hat das Recht auf sauberes Trinkwasser und sanitäre Versorgung zum universellen Menschenrecht erklärt. Rund drei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, Millionen Menschen sterben jährlich an den Folgen von verschmutztem Wasser.

Ökologische Ziegel gegen Wohnungsnot

Durch ein verfeinertes Herstellungsverfahren haben brasilianische Wissenschaftler Lehmziegel zu einem hoffnungsvollen, neuen Baustoff entwickelt. Sie sind billiger als herkömmliche Ziegel und bestehen zur Hälfte aus Erde. In Rio de Janeiro wird derzeit der erste Wohnblock gebaut.



Lehmziegel, alte Bauweise.

FAMILIENPOLITIK

Eine stille Revolution

Das erzkonservative Äthiopien erlebt einen erstaunlichen Richtungswechsel in Fragen der Familienpolitik. Die Politik billigt Abtreibungen, Jugendvereine verteilen öffentlich Kondome und Kinderreichtum ist nicht mehr unbedingt ein Statussymbol.

Reportage: Mary Kreuzer, Corinna Milborn

Bilder: Andrea Künzig/DSW, Mary Kreuzer

Ein Busbahnhof in der Provinzstadt Nazret, 90 Kilometer von Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba entfernt. Rund 500 Menschen haben sich hier auf einem Platz versammelt, wo eine Tanzgruppe traditionelle Tänze aufführt. Ein dünnes Seil hält die dicht gedrängte Menge von der improvisierten Bühne zurück. Die Stimmung ist fröhlich aufgeheizt wie auf einem Jahrmakkt: Der lokale Jugendclub führt eine „Kondom-Show“ auf.

Hinter den TänzerInnen stapeln sich Familienpackungen von Kondomen. Als die Musik verstummt, halten zwei Jugendliche aus dem Youth-to-Youth-Club eine Packung nach der anderen hoch. Der junge Mann und die junge Frau rufen in die Menge: „Bananengeschmack! Kaffeeengeschmack! Extra sensitiv! Gerippt!“ Die Leute johlen. Es folgt ein Quiz: Fünf zufällig ausgewählte Jugendliche stellen sich Fragen zu Sexualität und Aids. Eine junge Frau im traditionellen, islamischen Ge-

wand ist dabei, das Kopftuch schließt das Gesicht streng ein. Sie beantwortet einwandfrei, auf welche Arten Aids übertragen wird, und gewinnt eine 100er-Packung Kondome. Der Rest der Kondome wird am Ende in die Menge geworfen. Die Menschen balgen sich darum wie um Süßigkeiten.

Äthiopien, eines der ärmsten Länder der Welt. Nach wie vor werden hier über 80 Prozent der Mädchen genital verstümmelt. In manchen Regionen ist die Entführung und

„Kondom-Show“ in Addis Abeba. Die Leute johlen, die Aufklärung steigt, die Regierung goutiert es.





Der lokale Jugendclub koordiniert die Verhütungs-Kampagne: Hier können Jugendliche offen über Sexualität diskutieren.

Vergewaltigung zehnjähriger Mädchen der traditionelle Weg, um sich eine Frau zu nehmen. Es ist ein Land, in dem Frauen wenig zu sagen haben, in dem die Welt aufgeteilt ist zwischen äthiopisch-orthodoxen Christen, sunnitischen Muslimen und einigen traditionellen Religionen. Eines haben alle gemeinsam: Sie sind extrem konservativ, haben größten Einfluss auf das tägliche Leben – und obwohl sie Abtreibung strikt ablehnen, haben sie sich nicht gegen das neue Gesetz gewehrt, das Doktor Asefa und seinem Team erlaubt, hier zu operieren.

Dagim Asefa ist Arzt und medizinischer Direktor des Provinzkrankenhauses von Adama. Mit seinem blitzweißen Mantel steht er vor einer der niedrigen Türen des Hospitals. Von den Wänden blättert dunkelgelbe Farbe. Drüben in der Notaufnahme liegen PatientInnen

auf Tüchern auf dem Boden des Flurs, weil die Betten nicht reichen. Hier, ein paar Gänge weiter, herrscht Ruhe. Über der Türe hat jemand auf Englisch aufgemalt: „Safe abortion room.“ Der Raum ist winzig klein, eine Liege und ein gynäkologischer Stuhl stehen darin, davor eine Metallschüssel. Es sieht nicht aus wie eine Revolution. Und doch ist das, was hier geschieht, Zeichen eines tiefgehenden gesellschaftlichen Wandels: Frauen können hier aus eigener Entscheidung bei bester medizinischer Betreuung abtreiben lassen.

„Persönlich bin ich strikt orthodox und sehr konservativ“, erzählt Asefa. „Doch was sind unsere persönlichen Werte gegen unsere berufliche Pflicht, Leben zu retten? Wenn ich die Abtreibung nicht durchführe, dann wird die Frau sie hinter dem Krankenhaus machen lassen, und ich werde sie in ein paar

Tagen wieder hier sehen – blutend, entzündet und mit Fieber. Bei euch in den reichen Ländern kann man sich bei Diskussionen um Abtreibung den Luxus moralischer Überlegungen leisten. Hier in Äthiopien geht es darum, Menschenleben zu retten.“

Liberaler Gesetze vs. Tradition

Nur vier Länder erlauben in Afrika Abtreibung unter bestimmten Umständen: Marokko, Südafrika, Ghana – und das konservative Äthiopien. Bis 2005 waren Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführten, noch mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bedroht. 2002 setzte eine konservative Regierung das Gesetz mit aller Härte durch. „Wir haben es bis dahin immer geschafft, bekannt genug zu sein, dass die Frauen zu uns fanden – und unbekannt genug, um dem Ge-



Dr. Kebede Amena, Gynäkologe; Dr. Dagim Asefa, medizinischer Direktor des Krankenhauses von Adama: Sichere Behandlung statt tödlicher Hinterhof-Aktionen.

setzgeber nicht ins Auge zu fallen“, erzählt Schwester Skewage Alemu, Leiterin eines der Marie-Stopes-Krankenhäuser in Addis Abeba. Sie arbeitet seit 19 Jahren in dem luftigen Hospital mit seinen Pavillons aus weiß gestrichenem Holz, eine Vorreiterin im Kampf für Abtreibung. „Aber 2002 war es vorbei: Unsere Krankenhäuser wurden für mehrere Monate geschlossen.“ Die Marie-Stopes-Krankenhäuser führen

allein in Addis Abeba 400 bis 500 Abtreibungen pro Monat durch. Als sie geschlossen wurden, hielt das die Frauen nicht davon ab, abzutreiben: Sie suchten Hilfe bei den traditionellen Abtreiberinnen, die in der ganzen Stadt ihre Dienste anbieten – teurer als beim Arzt und ohne medizinisches Fachwissen. In den Wochen darauf füllten sich die Gänge der regulären Krankenhäuser in Addis Abeba mit Frauen, die an Unterleibsblutungen und

Entzündungen litten. Viele starben. Die Gynäkologen schlugen Alarm und forderten die Legalisierung der Abtreibung. Ein Gesetzesantrag wurde eingebracht.

Der Protest war zunächst groß: Die Kirchen wehrten ab, US-amerikanisch finanzierte NGOs zeigten den Anti-Abtreibungsfilm „The Silent Scream“ im Parlament. „Aber was ist das für eine Moral, wenn es um das Leben der Mütter geht?“ sagt Saba Kidanemariam von der Internationalen Frauengesundheitsorganisation IPAS, die für die Einführung des Gesetzes kampagnisierte. „Die Frauen sterben hier vor unseren Augen. Ich respektiere, dass das ungeborene Kind ein Mensch ist. Doch ich stehe vor der Wahl, ein Menschenleben zu retten oder beide dem Tod zu überlassen.“ IPAS und die Gynäkologen überzeugten die Kirchen mit der Macht der Zahlen: 50 Prozent der Müttersterblichkeit in Äthiopien gehen auf Hinterhof-Abtreibungen zurück, ergab eine Studie von IPAS. „Und diese Zahlen kennen wir nur von jener Hälfte der Bevölkerung, die auch Zugang zum Gesundheitssystem hat. Die Sterblichkeit dürfte also noch viel höher liegen.“ Als 2005 das Gesetz beschlossen wurde, war kein Protest mehr zu hören. Seither ist Abtreibung nach Vergewaltigungen, bei Inzest, für Minderjährige und bei Beeinträchtigung der geistigen oder körperlichen Gesundheit erlaubt.

„Wir haben ein Stillhalteabkommen mit den Kirchen. Denn auch sie können die große Anzahl toter Frauen nicht ignorieren und haben ihren Teil der Verantwortung zu leisten“, erklärt Gesundheitsminister Tedros Ad-

Gesundheitsminister Tedros Adhanom Ghebreyesus ist stolz auf liberale Verhütungspolitik. Fragen nach Menschenrechtsverletzungen blockt er ab.



hanom Ghebreyesus. Er sitzt in einem muffigen Besprechungsraum seines Ministeriums und erzählt mit großer Geste. So katastrophal die Bilanz des Landes bei den meisten Themen rund um Armut, Menschenrechte und Gesundheit auch ist: Was sexuelle und reproduktive Rechte für Frauen betrifft, hat Äthiopien fortschrittlichere Gesetze als die meisten anderen afrikanischen Staaten. Und der Minister interpretiert sie großzügig: „Wir ermuntern unsere Ärzte, das Gesetz so freizügig wie möglich auszulegen. Es gibt formell zwar Bedingungen. Aber jede Frau, die es will, soll eine sichere Abtreibung bekommen.“

Die Ärzte, etwa im Provinzkrankenhaus von Adama, halten sich daran. Gründe, die die Frauen angeben, werden nicht geprüft, ebenso wenig wie ihre Namen. „Wenn eine 50-jährige Frau behauptet, sie sei unter 18, dann genügt das“, sagt Doktor Asefa. „Wenn sie sagt, sie wurde vergewaltigt, akzeptieren wird das ohne nachzufragen. Es wird hier ohnehin dauernd vergewaltigt, an jeder Ecke, bei Tag und Nacht.“ Zumindest in seinem Einzugsgebiet ist die Zahl der Frauen, die nach Hinterhof-Abtreibungen eingeliefert werden, deutlich zurückgegangen.

Und auch Frauen, die in keine der vorgegebenen Kategorien fallen, können auf eine si-

chere Abtreibung zählen. Im Wartezimmer des Marie-Stope-Krankenhauses in Addis Abeba treffen wir eine junge Frau, die gerade auf die Abtreibungspille Mifegyne wartet, in Österreich übrigens Gegenstand geharnischter Moral-Diskussionen. Die Frau wurde noch während des Stillens schwanger und will das Kind nicht bekommen. „Ich habe schon zwei Kinder und möchte ihnen

Bessere Ausbildung für die zwei Kinder statt der Geburt eines dritten Kindes.

eine gute Ausbildung ermöglichen. Dazu muss ich wieder in das Berufsleben einsteigen. Ein weiteres Kind geht sich da nicht aus“, sagt sie.

In diesem Satz liegt die tief greifende Revolution der Politik vergraben: Eine große Kinderschar ist für die Frauen Äthiopiens kein Status-Symbol mehr. In der Stadt sind es zwei, auf dem Land maximal vier, die sich Frauen wünschen. Doch im Schnitt bekommen sie 5,7 Kinder. Das ist selbst in Subsahara-Afrika eine Rekordzahl. „Aber keine Frau will so viele Kinder bekommen: Das bindet

ihre Energie, das Geld reicht nicht für alle. Allein in der Hauptstadt leben 65.000 Straßenkinder. Das würde nicht passieren, wenn Frauen selbst bestimmen könnten“, sagt Tirsit Grishaw, Leiterin des Äthiopien-Büros der „Deutschen Stiftung Weltbevölkerung“ (DSW), die sich auf sexuelle und reproduktive Gesundheit spezialisiert hat.

Bisher sind Abtreibungen für 86 Prozent der Frauen die einzige Möglichkeit, die Zahl der Kinder nicht weiter ansteigen zu lassen. Nur 14 Prozent haben Zugang zu Verhütungsmitteln. Das soll sich nun ändern – angefangen bei den Jungen.

Tabus fallen

Zurück nach Nazret zur Kondom-Show auf dem großen Platz. Nach dem Quiz präsentieren die Jugendlichen ihr Hauptquartier: Ein Hinterhof mit Stühlen und Sesseln unter einer Zeltplane. Vor dem Eingang hängt ein großes Werbeplakat – für Kondome, natürlich. Hier treffen sich die jungen Männer und Frauen im Alter von 14 bis 18 Jahren wöchentlich und sprechen über alles Mögliche, vor allem aber über Sexualität. Bücher mit expliziten Darstellungen liegen bereit, alle Arten von Verhütungsmitteln werden detailliert erklärt. „Abstinenz vor der Hoch-



Die Arbeiterinnen in den Fabriken des indischen Konzerns Karuturi, Weltmarktführer bei Schnittblumen, verdienen für eine Sechstages-Woche 15 Dollar pro Monat. Die meisten sind zwischen 15 und 25 Jahre alt und verdienen für die Familie dazu – leben kann man von dem Gehalt auch als allein stehende Frau nicht. Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung spielt während der Arbeitszeit Infosendungen über Verhütung, Sexualität und Genitalverstümmelung vom Tonband ab – die einzige Möglichkeit, diese jungen Frauen zu erreichen.



Werbung für die „Women’s Lawyers Association“. Sie vertritt Frauen, die vor Gewalt fliehen. Seit Einführung des neuen NGO-Gesetzes 2010 ist ihre Arbeit quasi verboten: Organisationen, die mehr als 10 Prozent ihres Budgets aus dem Ausland bekommen, dürfen keine politische oder Öffentlichkeitsarbeit mehr machen.

zeit ist auch unsere Wahl“, sagt Biritu, „doch das ist eben nicht immer möglich.“ Biritu ist 15, und sie hat ein zweijähriges Kind. Als sie zwölf war, wurde sie von ihrem Onkel vergewaltigt. Sie kann über das traumatische Erlebnis sprechen, auch wenn sie dabei stockt. „Ich bin nicht allein, so etwas passiert sehr vielen Mädchen. Wenn meine Tochter groß ist, soll sie selbst bestimmen können, mit wem sie Sex hat und wie viele Kinder sie haben will“, sagt sie.

Die äthiopische Organisation der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung hat das Land mit einem Netz von Jugendclubs überzogen, in denen über Verhütung, Aids und Sexualität gesprochen wird. Ihre Offenheit ist selbst für EuropäerInnen erstaunlich. „Vor fünf Jahren war es noch unmöglich, in der Öffentlichkeit das Wort Kondom in den Mund zu nehmen“, sagt Grishaw. „Und nun sehen Sie, was sich hier verändert hat.“

Die Regierung hat die Notwendigkeit der Wahlfreiheit für Frauen ebenfalls erkannt – wenn auch weniger aus feministischen Gründen als aus pragmatischen: Die Armut, der Hunger und die Folgen des Klimawandels werden bei explodierenden Bevölkerungszahlen zu Katastrophen. Doch in einem Land, in dem 80 Prozent der Be-

völkerung mehr als einen halben Tag Fußmarsch von der nächsten Straße entfernt leben, scheitert die Wahlfreiheit schon an verfügbaren Information und an der medizinischen Versorgung. Derzeit läuft deshalb ein groß angelegtes Programm, das in jedes Dorf mit mehr als hundert EinwohnerInnen zwei „Health Extension Workers“ entsendet: Frauen und Männer mit einem Grundtraining in medizinischen Fragen, die zur Aufklärung über Verhütung, Sexualität und Geburt beitragen sollen.

Drei Millionen Frauen soll „Implanon“ eingesetzt werden. Männer verweigern Kondome.

Die erste große Kampagne: Bis Juni dieses Jahres soll drei Millionen Frauen auf dem Land „Implanon“ eingesetzt werden. Das ist ein Stäbchen in der Größe eines Streichholzes, das am Oberarm unter die Haut geschossen wird und Hormone abgibt. Drei Jahre lang verhindert es Schwangerschaften. Die Kampagne kostet 60 Millionen Dollar. „Die Frauen, besonders auf dem Land, würden einem Arzt niemals ihren Intimbereich zei-

gen – das schließt günstigere Langzeitmethoden wie die Spirale aus. Die Männer wiederum weigern sich, Kondome zu verwenden“, erklärt Gesundheitsminister Ghebreyesus. Er setzt daher auf die Hormonstäbchen.

„Es gibt noch viel zu tun. Aber wir haben in den vergangenen Jahren zumindest auf der Bewusstseinssebene einen Durchbruch erzielt: Man kann heute mit immer mehr Frauen offen über Abtreibung und Verhütung sprechen“, erzählt Tirsit Grishaw von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung in Addis Abeba. Und vielleicht, meint die Soziologin, ist dieser Schritt wichtiger als die großen Staudämme, Straßenbauten und Exportprojekte, die die Entwicklung in einem der ärmsten Länder der Welt vorantreiben sollen. Denn solange das Land von Millionen ungewollter Kinder bevölkert ist, für deren Schulbildung und Ernährung das Geld nicht reicht, kann es keine bessere Zukunft geben. Und solange die Hälfte der Bevölkerung in einem Kreislauf aus sexueller Gewalt, ungewollten Schwangerschaften und Geburten gefangen ist, sei es müßig, von Entwicklung zu sprechen: „Jedes Kind sollte gewollt sein, und jede Frau sollte selbst bestimmen können. Dann wird die Armut von allein zurückgehen.“



Mangel an FacharbeiterInnen

In Wien und NÖ fehlen Betrieben FacharbeiterInnen. Seltsam: In Österreich arbeiten ZuwanderInnen häufig dequalifiziert und deutlich unter ihrem Bildungsniveau.

ISLAMOPHOBIE

Blauer Bürgerinitiativen?

Die „überparteiliche“ Bürgerinitiative Dammstraße mit der klingenden Website „Moschee ade“, die seit längerem gegen ein islamisches Kulturzentrum im zweiten Wiener Bezirk mobilisiert, macht sich wieder Sorgen: um Parkplatz- und Lärmprobleme, wie die besorgten BürgerInnen betonen. Gegen den Islam hätten sie nichts. Ein Blick auf die Homepage zeigt anderes: Eine „weitere Islamisierung unserer engeren und weiteren Heimat“ solle verhindert werden, heißt es da. Kulturkampf-Rhetorik (für die Badesaison wurde der Kampf zweier Welten angekündigt) und Links zu

SOS Heimat, einer „Initiative aus dem Umfeld der rechtsextremen Österreichischen Landsmannschaft“ (Zitat DÖW), flankieren den Heimatschutz. Prominent werden auch einige Zeilen aus einem religiösen Gedicht „Unsere Moscheen sind unsere Kasernen ...“ platziert, dessen Zitat dem heutigen Premier der Türkei 1998 eine Haftstrafe einbrachte. Offenbar sollen die Zeilen „den Islam“ unter Generalverdacht der Demokratiefeindlichkeit stellen. Recep Erdogan selbst hat sich seither mehrfach von diesem Zitat distanziert. Aber auch mit der „Überparteilichkeit“ scheint es

die Initiative nicht so genau zu nehmen. Bei einer Demo fanden sich im Februar 2008 H.C. Strache und FPÖ-Funktionäre ein. Auch am 18. Juni kam, sah und sprach Strache, diesmal für die BI Rappgasse in Floridsdorf gegen das dortige islamische Zentrum. Auf der Seite kann auch ein Veranstaltungshinweis über eine „Bürgerveranstaltung zu den Islamzentren“ im 10. Bezirk in der Ada-Christen-Gasse (sic!) nachgelesen werden, auf der FPÖ-Mandatar Eduard Schock 2009 sprach. Man verlinkt sich aber nicht nur mit der FPÖ, auch die Christenpartei ist mit Logo vertreten. *kat*

Flüchtlinge: Rentables Geschäft?

European Homecare, ein „privater Dienstleister im Bereich Flucht und Asyl“, hat seinen Vertrag für die Erstaufnahmezentren in Traiskirchen und Thalhamb gekündigt. Stark gesunkene Flüchtlingszahlen hatten für die „Non-Profit-Organisation“ massive Rückgänge der Einnahmen zur Folge.

Prekär Café: Undokumentiert arbeiten

„Illegalisierte“ Arbeit lautet das aktuelle Schwerpunktthema des Prekär Café in Wien. Dabei sollen vor allem die Gewerkschaften in die Pflicht genommen werden. Als Vorbild gilt der „Arbeitskreis undokumentierte Arbeit“ der deutschen Dienstleistungsgewerkschaft „ver.di“.

Demokratische Bank ohne Profitstreben

Derzeit entwickelt attac mit dem Konzept der „Demokratischen Bank“ ein Kreditinstitut, das Geld als öffentliches Gut versteht. Einlagen werden nicht auf Finanzmärkten verzockt, kostengünstige Kredite nach sozialen und ökologischen Kriterien vergeben. www.demokratische-bank.at



Initiator Christian Felber (attac)

NEUES VON DER BOCK



Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein.
Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos.
Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

KORRESPONDENT: ANDREAS BACHMANN, BILD: ISABELL BICKEL

FERNSEHER: GRUNDVERSORGUNG WEG

Wir hatten hier zuletzt eine Polizeiüberprüfung. Da wurde kontrolliert, wer einen Fernseher daheim hat. Und wenn jemand einen hat, wird ihm offenbar die Grundversorgung gestrichen. Denn wenn er sich diesen Luxus leisten kann, dann hat er's wohl nicht nötig. Ich habe eine Roma-Familie da, die nichts haben, aber natürlich trotzdem einen Fernseher. Die sind zu der Familie gekommen, haben kontrolliert und geglaubt, die hätten den Fernseher gestohlen. Die Familie holt die Rechnung hervor und prompt wird ihnen die Grundversorgung gestrichen. Die haben gespart und sich diesen Fernseher gekauft. Aber bitte: Wenn ein Mensch kein Geld hat, irgendwo hin zu gehen, wenn er nicht arbeiten gehen darf, wenn er den ganzen Tag nicht weiß, was er tun soll, darf er dann nicht einmal in das blöde Kastl schauen? Ich schau immer, dass bei den Familien ein Fernseher steht. Warum? Damit sie abgelenkt sind und nicht streiten ununterbrochen. Dann sollen sie lieber in den blöden Kasten schauen. Ich glaube nicht, dass das ideal ist, aber es ist noch immer besser als nix tun.

ABSCHIEBUNG, DANN MORD

Bei mir war eine Georgierin, ich kenn' ihre Familie schon seit zehn Jahren. Den Sohn haben sie in Stein eingesperrt wegen eines Ladendiebstahls. Von Stein haben sie ihn nach Tschechien abgeschoben. Dort haben sie nicht gewusst, was sie mit dem jungen Mann an-

fangen sollen und ihn wieder zurückgeschickt. Dann ist er hier in Schubhaft gekommen. Er hat gesagt, er könne nicht nach Hause, er würde dort hundertprozentig umgebracht. Schließlich haben sie ihn doch nach Georgien abgeschoben und am nächsten Tag war er abgestochen. Es gibt dort diese Auseinandersetzungen unter den Familien, und die bringen sich gegenseitig um. Aber das sind natürlich keine Asylgründe. Der Vater hat auf den Schock einen Herzinfarkt erlitten und ist verstorben. Er war Tierarzt und hat angeblich ein Buch geschrieben, das er veröffentlichen wollte, wenn er endlich Asyl hat. Die Frau ist zehn Jahre jünger als ich, schaut aber aus wie 150, angeschwollene Füße, herzkrank, Bluthochdruck. Sie hat gefragt, ob ich ihr was für die Beerdigung geben kann. Jetzt hat er ein kleines Grab und es ist nicht einmal ein Stein drauf. Wenn die Frau einmal stirbt, kann sie dort nicht hinein. Und ihr Sohn liegt in Georgien.

STIMMUNG MACHEN

In der Zeitung hat etwas über eine armenische Familie gestanden, die in sieben Jahren hier 43 Autos besessen haben soll. So ein Blödsinn. Das ist vielleicht einer, der Autos herrichtet und Bestandteile verkauft, aber der besitzt sicher nicht so viele Autos. Ich bin gefragt worden, ob ich glaube, dass das Geld, das die Asylwerber kriegen, so reichlich ist, dass man 43 Autos kaufen kann. Ich hab' gesagt: Wenn er reich ist, kauft er sich ein Auto. Wenn er sehr reich

ist, kauft er seiner Frau auch eins. Und wenn er sehr reich ist und deppert, kauft er noch eins für seinen Sohn. Das ist alles. Es ist so, dass die armenischen Familien vermehrt abgeschoben werden sollen und das natürlich auch entsprechend begründet werden muss. Das sind gute Familien mit starken Familienverbänden. Die die Kinder in die Schule schicken, die fleißig sind, die auch lernen wollen. Die sind im Grund integriert und die abzuschieben, bereitet Schwierigkeiten. Es ist ja Frieden dort, wird immer gesagt. Aber warum gehen die nicht freiwillig zurück, wenn es dort so schön ist?

ANGST

Ich habe jetzt oben eine Familie mit drei kleinen Kindern. Der Vater steht jeden Tag bis in die Nacht unten auf der Straße und schaut, ob Polizei kommt. Wenn ich mit der Polizei nach oben geh', hör' ich aus den Wohnungen keinen Mucks – obwohl 20 Kinder da sind. Die haben alle Angst, ganz gleich, ob sie legal hier sind oder nicht. Denn es kann von einem Tag auf den anderen umschlagen. Sie können jetzt sofort nach dem zweiten negativen Asylbescheid abgeschoben werden. Und das wird ihnen auch überall gesagt. Sie teilen ihnen mit, dass sie an dem und dem Tag abgeschoben werden sollen, aber er könne ja auch freiwillig zurückgehen. Man muss den Asylwerbern einmal eine Chance geben. Wenn der sie nicht wahrnimmt, kann ich wenigstens mit mehr Berechtigung „Auf Wiederschauen“ zu ihm sagen.

POPULÄRKULTUR

FILM

Porträt von WeltverbessererInnen

Während die USA im Jahr 1984 durch Contra-Söldner nicaraguanische Häfen verminen ließen, packten in Österreich fünfzig Leute die Rucksäcke, um sich als „Brigade Februar '34“ zur Unterstützung der sandinistischen Revolution in den Süden Nicaraguas aufzumachen.

Die junge Wiener Filmemacherin Anna Katharina Wohlgenannt hat nun einige der ehemaligen BrigadistInnen besucht, nach ihren Erfahrungen befragt und die Erinnerungen mit Filmaufnahmen und Fernsehbeiträgen von damals zu einem spannenden Dokumentarfilm über ein Stück Geschichte der internationalen Solidarität verarbeitet.

Was bedeutete es, in ein Kriegsgebiet zu fahren, dort zwei Wochen lang den Arbeitsalltag und den mageren Speiseplan der ärmeren zwei Drittel der Weltbevölkerung zu teilen? Ihren Durchfall, ihre von Gefechten mit den Contras erschütterten Nächte und ihre Entschlossen-

heit, dem „Feind des Friedens und der Demokratie“, Ronald Reagan, die Stirn zu bieten?

Inwieweit darf man die eigenen politischen Maßstäbe auf eine völlig andere Situation anwenden? Können sich ärmere Länder z. B. Ökologie überhaupt leisten? Was tun, wenn der „neue Mensch“ der revolutionären Gesellschaft sich als Macho entpuppt? Es sind viele offene Fragen, die bis heute politisch relevant sind, um die diese Gespräche kreisen.

Wohlgenannt ist über Fragen wie diese ein Porträt einer Generation von WeltverbessererInnen gelungen, die bis heute, sehr bescheiden und sehr reflektiert, im Bioladen oder Weltladen, als ArchitektInnen oder TherapeutInnen etwas von einem „universal mind“ in den österreichischen Alltag bringen. *Tina Leisch*

Einmal mehr als nur reden
 Regie: Anna Katharina Wohlgenannt
Dokumentarfilm: Österreich 2010, 72 min)
 Ab Oktober im Wiener Filmhauskino am Spittelberg zu sehen.



Michaela Moser

LISTEN
2 X 5 DINGE UND SONST?

Michaela Moser ist Ethikerin, Sozialexpertin, leidenschaftliche Köchin und seit vielen Jahren bei der Armutskonferenz engagiert.

5 Dinge, auf die wir im neuen Jahrzehnt gerne verzichten:

- 1 Vermögen, das gehortet und nicht besteuert wird
- 2 Lieblos gekochtes Essen in Lokalen, die sich und ihre Speisen nach Maßeinheiten benennen
- 3 Leistungsträger und ihre Gesellschaft/en
- 4 Politik ohne Hirn, Herz und Leidenschaft
- 5 Herrschaft

5 Dinge, die ich im nächsten Jahrzehnt keinesfalls missen möchte:

- 1 Bratkartoffel mit Spiegelei und Spinat
- 2 (M)eine Nähmaschine und feine Stoffe
- 3 Kurkuma und Rosmarin
- 4 Das Gänsehäufel
- 5 Bücher, die bei der Weltveränderung helfen oder intelligent von ihr ablenken

Und sonst?

Frauen und Männer jeglichen Alters, die mit mir über das gute Leben für alle nachdenken, diskutieren und dafür kämpfen. Weniger Armut, Ausgrenzung und soziale Ungleichheit, mehr Grundeinkommen, gute Infrastruktur und erfüllende Arbeit für alle. Mehr MusikerInnen wie Tracey Thorn, Gustav, Cat Power, Eric Wainaina, Coeur de Pirate, Bonny ‚Prince‘ Billy.



Nicaragua 1984: Im Dienst der Sandinisten.

Foto: Geyhalter Filmproduktion

POPULÄRKULTUR



BUCH

Entwurzelte Religion

Wer die Idee des „politischen Islam“ oder den „Kampf der Kulturen“ als Beispiel für Bedrohungspotenziale des Westens zitiert, dürfte in Olivier Roys neuem Buch „Heilige Einfalt“ eine Überraschung erleben. Der französische Islamwissenschaftler klärt und ordnet Begriffe und denkt für all jene vom *Islam* schlechthin Verwirrten die ganze Sache mit der Globalisierung, dem Islamismus und dem Westen noch einmal durch. Geordnet nach Logik, fein säuberlich getrennt in einzelne Entwicklungsfäden, die letztlich ein anderes Bild hinterlassen. Olivier Roy beschreibt in seinem Buch jene Prozesse, durch die sich Religion aus der Kultur regelrecht ablöst, und nicht – wie gerne behauptet – sich mit dieser synthetisiert (wiewohl Religion immer auch Kultur produziert). Der oder die Einzelne zimmert sich demnach gegen abgelehnte äußere Einflüsse ein eigenes spirituelles Schutzgebäude zusammen. Anleitung dazu bieten Gruppen, die bestimmte gewachsene Traditionen als Häresie brandmarken und einen ursprünglichen Zustand der reinen Lehre propagieren. – Nicht unbedingt jene, die der eigenen Definitionsmacht zuträglich ist. Ob es sich dabei um Salafisten, Wahhabiten oder tausende andere sek-

tierische Gruppierungen etwa des Christentums handelt – immer steht die Verweigerung jener Realität im Vordergrund, die sich aus der Globalisierung als Trennung von Religion, Kultur, Nation entwickelt hat. Wir erleben also, folgt man Roy, anders als oft behauptet keine Re-Fundamentalisierung und damit Rückkehr der Religion in das gesellschaftliche Leben, sondern vielmehr eine auf Emotionalisierung und Abgrenzung religiöser Traditionen basierende Individualisierung. Gemeinschaften solcher Subjekte sollten dabei nicht mit (nationalen) Gesellschaften verwechselt werden, wie das die westliche Politik häufig vermengt. Dass der politische Islam aber just durch seine Politisierung die dem eigenen Wertesystem zugrunde liegende Spiritualität abschafft und der eigenen Profanierung zuarbeitet, also in einem Normensystem enden muss, das kein Gottesreich erlaubt, ist nur eine der Erkenntnisse, die öffentliche Debatten über das Thema wesentlich anders gestalten würden. *red*

Olivier Roy
Heilige Einfalt. Über die politischen Gefahren entwurzelter Religionen
 Siedler-Verlag, 2010
335 Seiten, 23 Euro



Meine Versicherung

ServiceTel:
 0800/20 11 30
mail@oebv.com
www.oebv.com

Nachhaltige Verantwortung? Ja, ganz sicher!

Die Österreichische Beamtenversicherung wurde vor 115 Jahren als Selbsthilfeorganisation von Beamten gegründet. Als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit sind uns Solidarität und soziale Verantwortung bis heute eine Selbstverständlichkeit. **ÖBV – die Versicherung von Mensch zu Mensch.**



Mit der ÖBV durchs Leben

POPULÄRGESEHEN

Es geht

Wie geht's? Es geht so. Warten, warten, warten. Sonst ist nichts erlaubt.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich
Illustration: Petja Dimitrova

„Bei uns in Jerusalem geht man immer ein wenig wie ein Trauernder bei einer Beerdigung oder wie jemand, der verspätet einen Konzertsaal betritt. Zunächst setzt man tastend die Schuhspitze auf, um vorsichtig das Terrain zu sondieren“, lese ich bei Amos Oz. „Aber in Tel Aviv! Die ganze Stadt ist ein einziger Grashüpfer. Die Menschen springen vorbei und die Häuser und die Straßen und die Plätze und der Meereswind und die Dünen und die Alleen und sogar die Wolken am Himmel.“

Es geht sich unterschiedlich auf der Welt. In Europa geht man im Norden etwas schneller, im Süden ein wenig gemächlicher. Manchmal geht es gut, manchmal geht es schnell, manchmal geht es auch zu Ende. Und manchmal geht es sich nicht aus.

In größeren Städten gehen die Menschen tendenziell schneller als in kleinen Städten. Ausnahmen bestätigen die Regel. Wo es langsamer dahingeht, ist aber nicht gleich alles besser. In Großstädten gibt es zwar öfters Herzinfarkt und Bluthochdruck, in Dörfern aber sind die Menschen häufiger depressiv, ängstlich und unzufrieden, sagt uns die Gesundheitsforschung.

Und wer draußen vor der Tür stehen muss, geht langsamer, egal wo. Armut und Perspektivlosigkeit machen die Schritte müde. Die Gehgeschwindigkeit sinkt, der 300-Meter-Weg von der Wohnung zum Park wird zur einstündigen Expedition. Im Forschungsbericht „Die Arbeitslosen von Marienthal“ aus den 1930er Jahren über die Massenarbeitslosigkeit ist das von Marie Jahoda dokumentiert worden. Oder, aktueller, in der (ost-)deutschen Stadt Hoyerswerda in den 1990er Jahren, wo eine der geringsten Gehgeschwindigkeiten gemessen wurde, dafür die höchsten Armutsraten. Ähnlich in Flüchtlingsunterkünften. Die Zeitstruktur bricht völlig zusammen. Warten, warten, warten. Sonst ist nichts erlaubt. Da geht nichts mehr. Okay. Aber langsamer ist ja nicht schlecht bei all dem Geschwindigkeitswahnsinn, könnte man

einwenden. Das ist hier aber nicht der Punkt. Es handelt sich um eine unfreiwillige Müdigkeit, eine aufgezwungene Ohnmacht, eine oktroyierte Zukunftslosigkeit. Selbst gewählte Verlangsamung setzt einen Status voraus, der das Zurückschalten zur Entscheidung erhebt. Es geht also nicht immer von selbst. Und das geht uns doch was an. Wie es geht.



Kathi Henz / Mario Rott

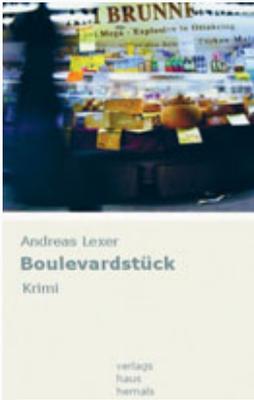
Sara lebt jetzt in Wien. Davor verbrachte sie zwei Jahre in New York, eines in Tokyo, ein halbes in Brisbane und achtzehn Jahre in St. Bartholomä. Sara kennt sich also aus mit Metropolen. Sie weiß, wo man gut essen, noch besser Cocktail trinken und am allerbesten shoppen kann. Nur wo es die schönsten Sonnenbrillen gibt, hat sie in all den Jahren nicht herausgefunden. Aber wie gesagt: Sara lebt ja jetzt in Wien...

Brillen.manufaktur[®]
Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

POPULÄRKULTUR

BUCH



Boulevardstück

Einige Jahre hat Andreas Lexner für den österreichischen Boulevard gearbeitet, Reportagen aus Kuba oder dem Kosovo geschrieben. Zeit, um sich mit dessen Mechanismen aus nächster Nähe vertraut zu machen. Lexner hat sich – unter anderem durch Gespräche mit Arigona Zogaj – auch Gedanken darüber gemacht, wie der Boulevard mit Zugewanderten als „explosivem“ Thema umgeht. Nun hat

der Journalist einen Kriminalroman vorgelegt, der in eine Geschichte über Medien und die „Mafia“ eigene Lehren montiert. Seinen Ausgang nimmt das Kriminal am Yppenplatz, für Lexner einer der „spannendsten Plätze“ Wiens, wo ein türkischer Bäcker bei einer Explosion getötet wird. Der Boulevardjournalist Arno ist zufällig vor Ort, sein Blatt treibt ihn an, den Fall zu verfolgen, und erhofft sich eine Aufla-

gensteigerung. Der investigative Journalist steckt bald mitten in einer gefährlichen Geschichte, über die er eigentlich gar nicht schreiben will. Eine Empfehlung für ein Buch, das von mehr als nur einem Boulevardstück erzählt. *red*

Andreas Lexner
Boulevardstück
 Verlagshaus Hernalz, 2010
172 Seiten, 19,90 Euro

BUCH



Smile oder stirb

Ist eine Nation durch ein hohes Bruttonationalprodukt reich oder durch individuell erlebtes Glück? WirtschaftswissenschaftlerInnen haben ihre Parameter in den letzten zehn Jahren, so Ehrenreich, also erweitert. Ein Ergebnis: Wohlstandsphasen und Glück gehen in den USA nicht unbedingt ein Junktim ein. Was hat es also auf sich mit dem Stereotyp der immer optimistischen Nation, die sich deutlich

von Menschen aus dem Ausland abheben würde? Was passiert, wenn die ökonomischen Doktrinen des Landes brüchig werden, mit diesem Optimismus? Die prominente Autorin und Kolumnistin Barbara Ehrenreich sucht die Abgründe und Ängste einer Nation, was vor dem Hintergrund der Krise der Ökonomie und des Optimismus besonders interessant ist. Aber auch in unseren Breitengraden hat eine Allianz aus Politik und Unternehmertum längst die Hebel angesetzt, wenn es darum geht, zu lächeln, egal wie die Aussichten auch sind. Angesichts der Tatsache, dass die Löhne sich im Vergleich zur Produktivität der Wirtschaft nicht mehr erhöht haben, muss das aber höhnisch ausfallen. *red*

Barbara Ehrenreich
Smile or Die: Wie die Ideologie des positiven Denkens die Welt verumt
 Verlag Kunstmann, 2010
256 Seiten, 19,90 Euro

Widerstand in Fekterland

Weil seine beiden Söhne gegen die Innenministerin demonstrierten, suchte kurz darauf ein Dutzend Beamte in seinem Haus einen Asylwerber. Das vermutet jedenfalls der Salzburger Werbefachmann und politische Aktivist Bernhard Jenny.

PORTRAIT: NIKO KATSIVELARIS

Meine Schwäche – oder meine Stärke – ist, dass ich nie zwischen beruflichen und anderen Tätigkeiten, zwischen Firma und Ehrenamt getrennt habe“, meint der Werbefachmann Bernhard Jenny. Nicht ohne Grund handelt es sich bei seinem aktuellen politischen Projekt „Widerstand im Fekterland“ um eine Internet-Plattform: Auch mit seiner Werbe- und Kommunikationsagentur ist Bernhard Jenny im Social-Media-Sektor aktiv.

Die Initialzündung für „Widerstand im Fekterland“ war ein persönliches Schockerlebnis: Am 14. Jänner dieses Jahres wurden Bernhard Jennys Söhne Jan (27) und Nathanael (24) bei einer spontanen Kundgebung in Salzburg gegen die Asylpolitik von Innenministerin Maria Fekter verhaftet. In erster Instanz fasste Jan Jenny wegen „schwerer Körperverletzung“ und „versuchten Widerstands gegen die Staatsgewalt“ neun Monate Haft aus – davon ein Monat unbedingt. In einem höchst ungewohnten Schritt legte daraufhin die Staatsanwaltschaft Berufung zugunsten des Angeklagten ein. Jans Bruder Nathanael bekam sechs Monate bedingt.

Die Website „Widerstand im Fekterland“ steht vor allem im Zeichen dieses Richterspruches. Jennys Ziel ist es, die Öffentlichkeit gegen die, wie er es nennt, „rechtskonservative Verfilzung in der Salzburger Justiz“ zu mobilisieren. Dabei denkt er etwa daran, dass als Richterin im Prozess gegen seine Söhne mit Karoline Edtstadler eine, laut Jennys Aussage, ehemalige Salzburger ÖVP-Gemeinderätin urteilte, die zudem Tochter des Salzburger Landtagsdirektors Karl Edtstadler sei. Doch eigentlich gehe es, so Jenny, um Umfassenderes als derartige Verflechtungen. Er sucht eine überparteiliche



Werbefachmann Jenny macht in Salzburg mobil.

Mobilisierung engagierter Privatpersonen gegen die Asylpolitik der Innenministerin. Dabei sei es ihm besonders wichtig, mit seiner Plattform auch die konservative Landbevölkerung Salzburgs zu erreichen, die, so Jenny, keineswegs die rassistische Linie Fekters teile. Mittlerweile hat sich seine Initiative auch mit anderen Salzburger NGOs vernetzt. Etwa mit der „Plattform für Menschenrechte“, dem „Friedensbüro“ oder der „ARGE Wehrdienstverweigerung“. Die Mitglieder dieser Vereine seien aber nur als Privatpersonen an Jennys Projekt beteiligt. „Bei uns sind ganz unterschiedliche Leute dabei, die an sich gar keine AktivistInnen sind“, freut sich Jenny, „auch Prominente wie der Salzburger Schriftsteller Karl-Markus Gauß.“ Selbst Personen aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden hätten ihre Unterstützung erklärt.

Die Geschichte von Bernhard Jennys po-

litischem Engagement reicht indes viel weiter zurück. Als überzeugter Pazifist war er 1978 einer der ersten Zivildienstverweigerer des Landes. Später spezialisierte er sich auf Interventionen im öffentlichen Raum. Gegen Präsidentschaftskandidat Kurt Waldheim 1986 protestierte er mit der Plakat-Serie „Vergessen ist eine österreichische Untugend“. 2003 organisierte Jenny die Salzburger „Lange Nacht für den Frieden“ gegen die US-Intervention im Irak. Asyl

und Migration sind Jenny ein besonderes Anliegen. Seine Frau ist Argentinierin, die sechs Kinder wuchsen zweisprachig auf. Bernhard Jennys Privatdomizil im Salzburger Stadtteil Liefering ist nicht nur Sitz seiner Werbeagentur, sondern dient auch als „informelle Beratungsstelle“ für AsylwerberInnen, die dort „einfach anläuten“ könnten. Damit hängt auch der jüngste Vorfall zusammen, nachzulesen auf <http://widerstand-im-fekterland.at>. Am 10. 6. 2010 standen gegen neun Uhr abends plötzlich zwölf PolizistInnen in Jennys Stiegenhaus – auf der Suche nach einem Asylwerber. Jenny vermutet einen Zusammenhang mit der Verurteilung seiner Söhne. In der Zwischenzeit wurde die Angelegenheit Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage an die Innenministerin. Eine Antwort steht noch aus.

<http://bernhardjenny.wordpress.com>

MO #20

SOS
MITMENSCH

2€
DARF
DARF
DARF

GAST-KOMMENTAR:
Michael Fleischhacker über die
selbsternannte Zivilgesellschaft.

**HUBERT FEICHTLBAUER
IM GESPRÄCH:**
Innenministerium umbauen

SOZIALE UNGLEICHHEIT:
Richard Wilkinson über die
Ursache aller Probleme

KONDOME FÜR ALLE:
Äthiopiens neue Politik

Magazin für Menschenrechte ©2016 Fotographie: SOS Mitmensch, Vertrieb: SOS Mitmensch, www.momagazin.at



WAS BRAUCHT ES FÜR EINE SOZIAL GERECHTE STADT?

GLÜCKLICH IN WIEN

■ Ja, ich will 4 x jährlich MO lesen.

- StudentInnen | Selbstkostenabo **8,80 Euro**
- Normalabo **16 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)

SOS
MITMENSCH

**MO – Im entscheidenden Augenblick
das Richtige tun!
Menschenrechte gehen uns alle an.**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abo@momagazin.at

Post SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

SOS MITMENSCH

WAS WURDE EIGENTLICH AUS ...

... der Bleiberechtsbewegung?

TEXT: PHILIPP SONDEREGGER

15.000 Menschen protestierten am 2. Juni am Ballhausplatz gegen die Abschiebung von Arigona Zogaj. Ein Personenkomitee um Autor Robert Misik mobilisierte mit Unterstützung von SOS Mitmensch. Die kurze Vorbereitungszeit von einer Woche hindernte die vielen TeilnehmerInnen nicht daran, die Kundgebung „Genug ist genug“ zur größten Manifestation gegen die österreichische Fremdenpolitik seit Jahren zu machen. Trotzdem: Seit Inkrafttreten des Bleiberechtsgesetzes hat die Bleiberechtsbewegung stark an Schwung verloren. Ab 2008 setzte sich SOS Mitmensch ein Bleiberechtsgesetz zum Ziel und beteiligte sich am Aufbau der Bleiberechtsbewegung. Die Plattform Bleiberecht wurde gegründet, um einen Aktionsrahmen zwischen den unzähligen Bürgerinitiativen, den großen Hilfsorganisationen und Menschenrechts- sowie antirassistischen Gruppen zu spannen.

Es gelang eine breite Mobilisierung, der Verfassungsgerichtshof forderte ein Bleiberechtsgesetz ein. Allein, das von den Regierungsparteien beschlossene Gesetzeswerk war weit entfernt von den ohnehin pragmatischen Forderungen der NGOs. Heute erweisen sich unrealistische Hürden im Gesetz



Genug ist genug – Ein Personenkomitee mit Unterstützung von SOS Mitmensch mobilisierte mehr als Zehntausend.

für die Menschen, die längst hier verwurzelt sind, als Fallstricke. Weiterhin befinden sich tausende Flüchtlinge im bürokratischen Nirwana. Im Monatsrhythmus werden Bleiberechts-Fälle bekannt. Unlängst musste die

Familie Gjoni das Burgenland Richtung Kosovo verlassen. SOS Mitmensch Burgenland und andere lokale Initiativen mobilisieren erheblichen Widerstand, doch eine bundesweite Koordinierung von Aktivitäten fehlt.

Protest-Mail: Demokratie retten Gegen § 278a

Die Proteste haben Wirkung gezeigt. Nun ist auch die SPÖ deutlich vom umstrittenen „Mafiaparagrafen“ § 278a abgerückt. Pläne der ÖVP, weitere Verschärfungen einzuführen, wurden kurzfristig auf Herbst vertagt. Mit der Mail-Aktion „Demokratie retten“ kann bei den Verantwortlichen Protest eingelegt werden, um das Schlimmste zu verhindern.

Kunst-Auktion in Postsparkasse großer Erfolg

Am Donnerstag, den 10. Juni 2010, fand in der Postsparkasse am Georg-Coch-Platz in Wien die diesjährige Benefiz-Kunst-Auktion zu Gunsten von SOS Mitmensch statt. Zahlreiche KünstlerInnen unterstützen die Arbeit von SOS Mitmensch mit einer Bildspende. Der Gesamterlös von rund 50.000 Euro übertraf die Erwartungen.

Aktion der Plattform Wege aus der Krise

Am 8. Juni legten sich Erwin Pröll und Werner Faymann vor dem Bundeskanzleramt mit einem Reichen ins Bett. Die Aktion der Plattform „Wege aus der Krise“ lieferte das Bild zur Lage. Im Herbst drohen massive Sparpakete, die Kontrolle der Finanzmärkte und Banken lässt hingegen immer noch auf sich warten.



Aktion „Gemeinsam für die Reichen“.

ANDERE ÜBER ...

Starkmacher

Michael Fleischhacker hält die moralische Überlegenheit, in der sich die „machen wir uns stark“-ProponentInnen wännen, für empörend.

Ja, die Zivilgesellschaft, das ist auch so eine. Zumindest ist sie nicht mehr das, was sie einmal war. Früher nämlich, als die Welt noch in zwei Teile geteilt war, den demokratischen und den totalitären, war klar, was „Zivilgesellschaft“ heißt: Das waren jene Menschen, die sich unter erheblichem Risiko dem Zugriff eines totalitären Staates auf alle Lebensbereiche der Menschen entzogen, um sich und ihresgleichen einen Freiheitsraum zu erkämpfen.

Dass die Prada-Demonstranten des Jahres 2000 gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ protestierten, hat mich nie gestört. Ich selbst hielt diesen Coup Wolfgang Schüssels, der die Blockade aufbrach, in die sich das sozialpartnerschaftlich-großkoalitionäre System manövriert hatte, bei aller Skepsis gegenüber der FPÖ und ihrem Personal für legitim. Aber natürlich war auch die lautstarke und sichtbare Ablehnung dieser Regierungsbeteiligung genau so legitim.

Empfindlich gestört hat mich, dass sich die Regierungsgegner zur „Zivilgesellschaft“ erklärten, denn das konnte nur zweierlei bedeuten: Dass sie über die Bedeutung des Begriffs nicht informiert waren, oder dass sie bewusst insinuierten, man habe es bei der FPÖ-ÖVP-Koalition mit einem totalitären Regime zu tun. Man missbrauchte einen Begriff, der über Jahrzehnte die Freiheitshelden jenseits des Eisernen Vorhangs beschrieben hatte, dazu, die eigene politische Position in einer liberalen Demokratie moralisch über die Position der politisch Andersdenkenden zu erhöhen. Das fand ich empörend.

Um ehrlich zu sein, hat sich an meiner Haltung gegenüber jenen, die sich selber als die „Zivilgesellschaft“ bezeichnen, kaum etwas geändert. Das hat damit zu tun, dass ich vor kurzem auf der Website der Initiative „machen wir uns stark“ den folgenden Text las:

„Zauderer, Zyniker und Zünder waren jetzt lange genug am Wort. Wir brauchen hier niemanden, der Menschen gegeneinander aufwiegelt. Wir verzichten auf alle, die Flüchtlinge und Arbeitslose zu Sündenböcken machen. Wir lassen uns auch nicht einreden, dass die Opfer der Finanzkrise an ihrem Schicksal selbst schuld sind. Diese Hetze vergiftet uns nur.“



Illustration: Sinan Mollahasanov

ZUR PERSON

Michael Fleischhacker

Michael Fleischhacker, 1969 geboren, ist seit sechs Jahren Chefredakteur der Tageszeitung „Die Presse“. Er arbeitete zuvor in den Redaktionen „Der Standard“ und „Kleine Zeitung“. Er ist Autor mehrerer Bücher, zuletzt: Politik-erbeschimpfung. Das Ende der 2. Republik. Ecowin Verlag 2008.

Offensichtlich fällt den Proponenten im Vollbesitz ihres moralischen Überlegenheitsgefühls nicht auf, dass sie strukturell ungefähr das tun, was sie ihren Gegnern vorwerfen. Wer eine andere Fremdenpolitik, eine andere Schulpolitik oder eine andere Sozialpolitik vertritt als die selbst ernannte „Zivilgesellschaft“, ist also ein „Zauderer, Zyniker und Zünder“. Fein säuberlich wird da unterschieden: Wir, die Zivilgesellschaft, und die Anderen, die Zauderer, Zyniker und Zünder. Gleich danach heißt es dann: „Wir lassen uns nicht spalten. (...) Es gibt immer unterschiedliche Meinungen. Aber wir wollen vernünftig miteinander reden. Wir bauen nicht auf Sündenböcke. Wir bauen auf die Zukunft.“

Ich finde es ein wenig seltsam, dass ich als jemand, der in Schulfragen nicht an die allein seligmachende Wirkung der undifferenzierten Gesamtschule glaubt, der nicht die staatswirtschaftlichen Phantasien des überwiegenden Teils der „machen wir uns stark“-Proponenten teilt und der mit der blauäugigen Zuwanderungspolitik der Diakonie und der Caritas wenig anfangen kann, als Zauderer und Zünder angesprochen werde (Zyniker ist in Ordnung). Vielleicht möchten die Herrschaften einmal das schöne Wort des polnischen Aphoristikers Stanislaw Jerzy Lec („Unfrisierte Gedanken“) meditieren: Üblicherweise übernimmt man im Kampf gegen einen Feind dessen schlechte Eigenschaften.

ORF

1

RADIO
ÖSTERREICH 1



Cornelius Meister/RSO-Wien



remasuri



Nifty's



Zimt & Zauber



Sigi Finkel und Cèlia Mara



Eintritt
frei!

Das Ö1 KulturPicknick



18. September 2010 im Schlosspark Grafenegg bei jedem Wetter
Mit dem RSO Wien, remasuri, Zimt & Zauber, Nifty's, Sigi Finkel und Cèlia Mara
Infos in oe1.ORF.at



Willenskundgebung,
Manifest, Konzert.
18. September 2010.
Heldenplatz Wien.

machen wir
uns **STARK**
18. September

**Für einen radikalen
Kurswechsel in der
Fremdenpolitik, für
eine mutige
Bildungspolitik, für
eine gerechtere
Verteilung des
Wohlstands.**

www.machen-wir-uns-stark.at